

## **IA1 „Parlamentarier:innen-Pendeln“ beenden – Festlegung der Stadt Brüssel als festen Tagungsort des Europäischen Parlamentes!**

Gremium: Junge Europäer - JEF Heilbronn e.V.;  
Junge Europäer - JEF Konstanz e.V.; Junge  
Europäer:innen - JEF Tübingen e.V.  
Beschlussdatum: 12.09.2021

### **Antragstext**

1 Das Europäische Parlament besitzt aufgrund historischer Gründe mit Brüssel,  
2 Straßburg und Luxemburg heute drei verschiedene Arbeitsorte. Denn nach der  
3 Gründung der EGKS sollten alle Institutionen zunächst in Luxemburg ihren festen  
4 Tagungsort haben, diese Pläne wurden allerdings aus mangelnden Platzgründen in  
5 der Stadt wieder verworfen. Als Notfalllösung wichen die Abgeordnete der  
6 parlamentarischen Versammlung der EGKS auf den Sitzungssaal des Europarates in  
7 Straßburg aus. Nach der Gründung der EWG und Euratom wurde auch ein Teil der  
8 parlamentarischen Tätigkeiten nach Brüssel verlagert. Da man sich aber nicht auf  
9 einen einheitlichen Sitz aller Gemeinschaftsorgane einigen konnte, wurde eine  
10 provisorische Lösung mit mehreren Arbeitsorten toleriert. Allerdings wurden in  
11 den darauffolgenden Jahrzehnten die Tätigkeiten des Europäischen Parlamentes  
12 verstärkt von Straßburg nach Brüssel verlegt, um es der Europäischen Kommission  
13 und dem Europäischen Rat räumlich näher zu bringen. Mit dem Fusionsvertrag 1965  
14 erfolgte dann nicht nur die Vereinigung der drei Gemeinschaften EGKS, EWG und  
15 Euratom, sondern auch die Auflösung der ehemaligen EGKS-Organe in Luxemburg. Als  
16 Kompensation für diesen Verlust, wurden das Generalsekretariat des Europäischen  
17 Parlamentes nach Luxemburg verlegt, welches bis heute dort seinen Sitz hat.

18 Zwischen all diesen Sitzen finden nun monatlich eine Vielzahl an  
19 kostenintensiven Reisen statt, insbesondere zwischen den beiden Arbeitsorten  
20 Brüssel und Straßburg. In Straßburg finden dabei jährlich zwölf jeweils  
21 viertägige Plenarsitzungen statt, wohingegen die Ausschüsse und Fraktionen des  
22 Parlamentes in Brüssel tagen, wo zudem bis zu sechsmal im Jahr zweitägige  
23 Plenartagungen abgehalten werden. Aufgrund der hohen finanziellen sowie  
24 ökologischen Kosten dieses „Pendels“ der Parlamentarier:innen und ihrer  
25 Mitarbeiter:innen fordern wir Jungen Europäischen Föderalisten die Europäische  
26 Union zur Umsetzung folgender Veränderung auf:

- Festlegung der Stadt Brüssel als festen Tagungsort des Europäischen Parlamentes sowie eine vollständige Verlegung des Generalsekretariats des

## **Begründung**

Aus der Sicht der JEF befriedigt diese Aufteilung der Arbeitsorte zwar nationalstaatliche Interesse, sie steht allerdings keinesfalls im Einklang mit unseren Zielen. Denn die Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa impliziert ebenfalls die Errichtung einer einzigen, gemeinsamen Hauptstadt aller europäischen Mitgliedsstaaten. Brüssel stellt dafür eine ideale Stadt dar, da sie zum einen in einer relativ kleinen EU-Mitgliedsland befinden, welches als eine Art neutraler Boden zwischen den großen Nationalstaaten Deutschland und Frankreich angesehen werden kann. Zum anderen befindet sich bereits der größte Teil der EU-Institutionen in Brüssel und die innenpolitische Situation Belgiens fördert geradewegs ein besonderes europäisches Verständnis der Einwohner:innen dieser Stadt. Aus politischen, ökonomischen sowie ökologischen Gründen ist die Festlegung von Brüssel als festen Tagungsort des Europäischen Parlamentes daher längst überfällig, denn schließlich betragen die Kosten für den Erhalt der drei Arbeitsorte 155 Millionen Euro jährlich. Hinzu kommen noch einmal 200 Millionen Euro für die Reisekosten der Parlamentarier:innen, Mitarbeiter:innen sowie Beamt:innen, was etwa 10 % des Gesamtbudgets des Parlamentes entspricht. Durch den monatlichen Transport von etwa 5.000 Personen und acht LKWs voller Akten wird jährlich nicht nur eine Menge von etwa 19.000 Tonnen CO<sub>2</sub> ausgestoßen, sondern es entsteht auch ein zeitlicher Verlust von fast 70.000 Arbeitstagen pro Jahr.

In der europäischen Öffentlichkeit wird auf diesen Wechsel der Tagungsorte mit einem breiten Unverständnis reagiert und vor allem bei Europaskeptiker:innen das klischeehafte Bild einer EU unterstrichen, die lieber hohe Summen für teure Projekte ausgibt, als sich um die konkreten Belange der breiten Gesellschaft zu kümmern. Eine Beendigung des „Pendeln“ von Brüssel nach Straßburg würde diesem negativen Bild der EU entscheidend entgegenwirken. Die Festsetzung von Brüssel als einzigem Tagungsort des Europäischen Parlamentes ist somit alternativlos und sollte schnellstmöglich umgesetzt werden.

## **IA2 Harmonisierungsprozess im Europäischen Hochschulraum durch Anpassung der deutschen Semesterzeiten abschließen**

Gremium: Junge Europäer - JEF Baden-Württemberg  
e.V.  
Beschlussdatum: 15.05.2021

### **Antragstext**

1 Die Vernetzung und Harmonisierung der Hochschulen in der Europäische Union  
2 stellt eine der größten Errungenschaften der Europäischen Staatengemeinschaft  
3 dar. Dennoch ist dieser Harmonisierungsprozess im Europäischen Hochschulraum  
4 immer noch nicht abgeschlossen, woran insbesondere auch Deutschland einen großen  
5 Anteil hat. Wir Jungen Europäischen Föderalisten fordern daher die  
6 Bundesregierung und die Landesregierungen der Bundesländer zur Umsetzung  
7 folgenden Punktes auf:

- 8 • Festlegung des 1. Septembers als Beginns des jeweiligen Wintersemesters  
9 und des 1. März als Beginn des jeweiligen Sommersemesters eines jeden  
10 Jahres an jeder Hochschule in Deutschland.

### **Begründung**

In fast allen Ländern des Europäischen Hochschulraums beginnt das Wintersemester eines jeden Hochschuljahres Anfang September und das Sommersemester Anfang März, bei bestehenden Trimestern in Irland und den Niederlanden mitunter sogar noch früher. In Deutschland herrscht dagegen weiterhin ein Vorlesungsrhythmus vor, welcher Anfang Oktober und Anfang April beginnt. Im Zuge der Bologna-Reform bestand 2007 allerdings die Möglichkeit, auch die Semesterzeiten an deutschen Hochschulen zu harmonisieren, doch die geplanten Reformen der Hochschulrektorenkonferenz wurden nach Protesten der Hochschulen, Lehrkräften und Studenten zurückgezogen. Durch dieses deutschen Semesterzeiten bleibt das Bologna-System allerdings unvollkommen und der europäische Bildungsmarkt voller Austauschhemmnisse, wodurch die grenzenlose Mobilität von Studenten und Wissenschaftlern gehemmt wird. In Deutschland haben von den staatlichen Universitäten bisher nur die Universität Mannheim den Beginn des Wintersemesters den europäischen Semesterzeiten angepasst. Die dadurch entstehende verkürzte Bewerbungsfrist zwischen Abitur und früherem Semesterbeginn konnte die Universität Mannheim durch Online-Bewerbungen zudem erfolgreich meistern.

An allen weiteren deutschen staatlichen Universitäten entsteht durch diesen bestehenden Semesterzyklus allerdings eine Problematik. Denn die überschneidenden Semesterzeiten führt dazu, dass viele deutsche Universitäten ihren Studierenden Erasmus-Austauschprogramme ausschließlich im Wintersemester anbieten, da sich in Deutschland die im Februar stattfindenden Prüfungen des Wintersemesters mit dem Vorlesungsbeginn im europäischen Ausland überschneidet, welcher Anfang Februar, nicht selten sogar schon Ende Januar beginnt. Aus dem gleichen Grund wird ausländischen Erasmus-Studierenden umgekehrt oftmals nur ein Austausch im Sommersemester angeboten. Dabei bleiben Studierenden an deutschen Universitäten mitunter viele Sommer- und Sprachkurse im Ausland verwehrt, wohingegen ausländische Studierende diese bei einem Auslandssemester an einer deutschen Universität wahrnehmen können. Für eine Veränderung dieser bestehenden Situation ist daher eine europäische Harmonisierung der Semesterzeiten an deutschen Hochschulen erforderlich.

International harmonisierte Semesterzeiten wären allerdings nicht nur für Studierende, sondern auch für Lehrbeauftragte und Koordinatoren an den deutschen Universitäten sinnvoll. Durch die Harmonisierung würde auch deren ausländische Forschungssemester einen geringeren Aufwand mit sich bringen, denn derzeit gehen diese mitunter noch mit einer erforderlichen Freistellung von Lehrverpflichtungen an der heimischen Universität einher, sind nur in engen Zeitfenstern möglich und gleichen oftmals einem administrativen Balanceakt. Zudem spricht allein von den Jahreszyklen her viel für andere Semesterzeiten mit Prüfungen im Juni und Dezember. Denn einerseits kann nach einem reibungslosen Vorlesungsbetriebs mit erfolgreich abgeschlossener Prüfungen Weihnachten deutlich mehr genossen werden und andererseits eignet sich der Juli erfahrungsgemäß besser für außeruniversitäre Aktivitäten als für die Vermittlung von akademischen Inhalten. Deshalb benötigt es nicht um die Harmonisierung willen neue Vorlesungszeiten, die bundesweit einheitlich von März bis Juni und von September bis Dezember gehen. Sondern weil sich Deutschland einen nationalen Sonderweg in Europa leistet, von dem niemand profitiert.

## **IA3 Digitalisierung der Corona-Pandemie nutzen und durch Gründung einer European Digital University lebenslanges Lernen digital ermöglichen!**

Gremium: Junge Europäer - JEF Baden-Württemberg  
e.V.  
Beschlussdatum: 15.05.2021

### **Antragstext**

1 Im Zuge der Covid19-Pandemie erhielt die Digitalisierung von Bildungsangeboten  
2 einen unerwarteten Schub innerhalb der Europäischen Union. Diese Innovationen  
3 sollten auch nach dem Ende der Pandemie beibehalten werden, denn im digitalen  
4 Raum kann der Kontakt und Austausch grenzüberschreitend innerhalb der EU  
5 erleichtert und auf diesem Wege die Bildung und Lehre europäischer gestaltet  
6 werden. Im 21. Jahrhundert sollte dabei der Zugang zur akademischen Lehre für  
7 alle Bürger:innen der EU flexibel in jeder Lebenssituation offen stehen, denn  
8 nur durch einen digitalen Zugang für alle Bürger:innen kann diese  
9 Bildungsmobilität gewährleistet werden. Daher fordern wir Jungen Europäischen  
10 Föderalisten die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten zur Umsetzung  
11 folgender Punkte auf:

- 12 • die Gründung einer European Digital University, die die erste Hochschule  
13 nach europäischem Recht und in Trägerschaft der EU darstellt.
- 14 • die Bereitstellung eines vielfältigen Angebots an studienkostenfreien  
15 Bachelor- und Masterstudiengängen in Voll- und Teilzeitform für  
16 Bürger:innen der EU an der European Digital University.
- 17 • die Bewerbung und Einschreibung für Studiengänge an der European Digital  
18 University soll über das eingeführte Europäische Bewerbungsportal für  
19 Studienanfänger:innen im Europäischen Hochschulraum erfolgen.
- 20 • die Durchführung von vorrangige digitale Lehrformaten an der European  
21 Digital University, wohlgleich eine Ergänzung von dezentralen  
22 Präsenzformaten am Universitätssitz oder an Standorten von  
23 Partnerhochschulen möglich ist. Prüfungen sollten zudem ebenfalls in  
24 Präsenzform erfolgen.
- 25 • die Finanzierung der European Digital University soll durch Mittel des

26 künftigen ERASMUS+ Programms ermöglicht werden.

- 27 • die Einrichtung eines Steuerungsgremiums zur Konzeption, Durchführung,  
28 Koordinierung, Qualitätssicherung und Akkreditierung der EDU.

## Begründung

Die EU lebt von ihrer grenzüberschreitenden Bildung und der damit verbundenen Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Identität, wobei der Bologna Prozess und das Austauschprogramm Erasmus+ die bekanntesten Beispiele der erfolgreichen europäischen Hochschulpolitik sind. Ein barrierefreier Zugang zur akademischen Lehre für alle Europäer:innen ist durch dieses europäisches Hochschulnetzwerk allerdings noch nicht gewährleistet, denn die beide Projekte richten sich vorrangig an junge, vor Ort präsente, über mehrere Jahre in Vollzeit eingeschriebene Studierende zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn. Der ungehinderte Zugang aller europäischen Bürger:innen zur besten Hochschullehre des Kontinents – unabhängig von der persönlichen Lebenssituation, der sozialen und geografischen Lage – bleibt jedoch trotz dieser Fortschritte oftmals eine Fiktion. Digitale Technologien und eine steigende Nachfrage nach wissenschaftlicher Allgemein- und Weiterbildung lassen diese Fiktion jedoch in greifbare Nähe rücken.

Die Covid19-Pandemie hat trotz aller negativen Auswirkungen positiv zu der möglichen Entwicklung einer europäischen Hochschule beigetragen. Zuvor fast aussichtslos erscheinende digitale Lehrformate an Hochschulen wurden innerhalb kürzester Zeit mit großer Kreativität und Pragmatismus zur Realität. Um nach dem Ende der Pandemie nicht in alte Muster zurückzufallen, sollte diese Chance zur Neuerung genutzt werden. Es ist daher momentan ein idealer Zeitpunkt für die Gründung einer digitalen europäischen Universität, die alle Grenzen der Mobilität überwindet und allen Europäer:innen einen direkten, ortsunabhängigen Zugang zur akademischen Lehre des Kontinents verschafft. An einer solchen European Digital University soll es allen EU Bürger:innen niederschwellig, digital und ortsunabhängig möglich sein, Zugriff auf europäische Lehrangebote zu bekommen.

Das digitale Angebot richtet sich dabei vor allem an Personen mit einem allgemeinen Weiterbildungsinteresse, die aber aufgrund ihrer persönlichen, familiären, beruflichen, gesundheitlichen, finanziellen oder geografischen Situation kein Studium vor Ort aufnehmen können. Durch die Gründung einer European Digital University würde dieser Problematik Abhilfe geleistet werden und gleichzeitig ein neues Kapitel in der europäischen Bildungspolitik aufschlagen werden, wodurch die EU im Bildungsbereich weiterhin zukunftsfähig bleibt.

## **IA4 Einführung eines Europäischen Bewerbungsportals für Studienanfänger:innen im Europäischen Hochschulraum**

Gremium: Junge Europäer - JEF Baden-Württemberg  
e.V.  
Beschlussdatum: 15.05.2021

### **Antragstext**

1 Die Europäische Union wird weltweit für ihre exzellente Bildung und Forschung  
2 geschätzt. Um auch in der Zukunft diesen Status in einer sich rasch verändernden  
3 Welt beibehalten zu können, muss sich Europa noch stärker vernetzen, um Studium  
4 und Forschung verstärkt europäisch zu gestalten. Wir Jungen Europäischen  
5 Föderalisten fordern daher die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten zur  
6 Umsetzung folgender Punkte auf:

- 7 • Einrichtung eines Europäischen Bewerbungsportals im Europäischen  
8 Hochschulraum, welches mit dem Informations- und Bewerbungsportal  
9 *hochschulstart.de* für deutsche Hochschulen und Universitäten vergleichbar  
10 ist. Darüber soll sowohl ein Informieren über die vielfältigen Studien-  
11 und Ausbildungsmöglichkeiten in ganz Europa, als auch eine zentrale  
12 Bewerbung bei allen teilnehmenden Hochschulen möglich sein.
- 13 • Die Teilnahme am Europäischen Bewerbungsportal soll für Hochschulen eine  
14 Bedingung für die Teilnahme am Erasmus-Förderprogramm darstellen.
- 15 • Alle Bürger:innen der EU sollen Bildungsangebote in jedem EU-Land annehmen  
16 können und dabei gegenüber Bewerber:innen aus dem Inland weder bevor-zugt,  
17 noch benachteiligt werden.

### **Begründung**

Die europäische Hochschulbildung lebt von ihrer Vielfalt und wir Jungen Europäischen Föderalisten möchten diese für alle Studierenden einfacher zugänglich machen. Begonnen wurde mit einer europäischen Vereinheitlichung mit dem 1999 eingeleiteten Bologna-Prozess, wodurch die Harmonisierung der akademischen Bildung und die Anerkennung von Hochschulabschlüssen weit voranschreiten konnte. Wir möchten diesen Prozess nun weiterentwickeln und durch die Einführung eines Europäischen Bewerbungsportals im Europäischen

Hochschulraum die Mobilität von Studierenden an allen Hochschulen in Europa weiter verstärken. Denn über dieses Online-Bewerbungsportal wird nicht nur das Informieren über die vielfältigen Studienmöglichkeiten in ganz Europa erleichtert, sondern ebenfalls die Möglichkeit einer zentralen Bewerbung für Studienplätze bei allen teilnehmenden Hochschulen geschaffen. Auf diese Weise kann es Studienanfänger:innen erleichtert werden, einen zu ihnen passenden Studiengang zu finden, denn oftmals besteht große Unwissenheit darüber, welche Vielzahl an Studienangeboten europaweit an welchen Hochschulen überhaupt angeboten werden.

Durch die Einführung eines solchen Portals im Europäischen Hochschulraum kann somit eine vergleichbarere und wettbewerbsfähigere Hochschulbildung sowie eine angepasste Hochschulforschung in Europa ermöglicht werden. Dies ist für die Attraktivität des europäischen Hochschulraumes unerlässlich, denn nur wenn wir uns als Europäer:innen stärker vernetzen, können wir unseren wissenschaftlichen Nachwuchs erfolgreicher fördern. Die europäische Bildungsfreizügigkeit stellt auf diesem Weg eine unverzichtbare Säule dar, denn durch eine bessere Mobilität in der europäischen Bildung und Forschung stärken wir den kulturellen Austausch innerhalb Europas und bieten Studierenden damit die Möglichkeit, Europa auf noch vielfältige Weise zu erleben, als sie das durch ein kurzes Auslandssemester erleben können.

Durch die Verknüpfung der Teilnahme am europäischen Bewerbungsportal mit der Teilnahme am Erasmus-Förderprogramm werden Hochschulen zur Teilnahme an diesem Portal animiert. Denn ein großes Problem des vergleichbaren deutschen Informations- und Bewerbungsportal *hochschulstart.de* ist, dass eine Vielzahl von Hochschulen eine Teilnahme an diesem Portal ablehnt, da sie dadurch ihre Kompetenz der eigenständigen Studierendenauswahl verletzt sehen. Allerdings ist die Attraktivität der Teilnahme am Erasmus-Förderprogramm aus Sicht von Hochschulen als deutlich höher anzusehen, die somit nicht gefährdet werden möchte und daher eine Teilnahme am europäischen Bewerbungsportal in Betracht gezogen wird.



## **IA5NEU6 Europawoche stärkt Zusammenhalt**

Gremium: Junge Europäer - JEF Baden-Württemberg  
e.V.  
Beschlussdatum: 12.09.2021

### **Antragstext**

1 Die Schaffung einer Europäischen Öffentlichkeit gilt seit langem als notwendiger  
2 Meilenstein für die Errichtung eines europäischen Bundesstaats. Das Fehlen einer  
3 solchen ist uns Jungen Europäischen Föderalist\*innen seit jeher Dorn im Auge,  
4 das Beheben Auftrag zugleich.

5 Nach der Schaffung des Schengenraums als Gebiet der freien Arbeitsmobilität war  
6 die Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung der nächste Schritt hin zu  
7 einer gemeinsamen Identität. Institutionen wie der Deutsch-Französische TV-  
8 Sender Arte oder zunehmend auftretende europäische Newsportale wie Euractiv sind  
9 dabei ein wichtiger Schritt hin zu einer gemeinsamen Öffentlichkeit.

10 Für ein stärkeres Bewusstsein europäischer Gemeinsamkeiten fehlt es bisher an  
11 einem gemeinsamen arbeitsfreien, gesetzlichen Feiertag, der die europäischen  
12 Bürger\*innen die bestehenden Grenzen überschreitend verbindet. Dazu bietet sich  
13 der Europatag der EU an, der jährlich am 9. Mai als Gedenktag an die Schuman-  
14 Erklärung 1950 erinnert.

15 In einem nächsten Schritt bietet sich eine Gedenk- und Feierwoche vor dem 9. Mai  
16 an, die auch die Gedenktage zur Gründung des Europarats 1949 am 5. Mai  
17 (Europatag des Europarats) und zum Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 in Europa am  
18 8. Mai (Tag der Befreiung/Tag des Sieges) umfasst. Im Sinne des europäischen  
19 Austauschs soll diese Woche als Bildungszeit der außerschulischen, bzw.  
20 außeruniversitären Bildung dienen.

21 Die Jungen Europäischen Föderalist\*innen fordern daher,

- 22 1. dass der Europatag der EU in der gesamten Union zum gesetzlichen,  
23 arbeitsfreien Feiertag erklärt wird;
- 24 2. dass der Europatag der EU gemeinsam mit dem Europatag des Europarats und  
25 dem Tag der Befreiung/Tag des Sieges von einer offiziellen Gedenk- und

- 26           Feierwoche umrahmt wird;
- 27           4.   dass in dieser Feierwoche Interrail-Tickets für alle Einwohner\*innen von  
28           0-99 Jahren um 30 % vergünstigt angeboten werden sollen. Darüber hinaus  
29           sollen Einkommensschwache zusätzlich unterstützt werden.
- 30           4.   in dieser Feierwoche der Eintritt in öffentlichen Museen kostenlos sein  
31           soll. Private Museen werden dazu ermutigt.
- 32           5.   die Einrichtungen der EU nicht nur in Brüssel einen Tag der offenen Tür  
33           veranstalten sollen, der nicht der 9. Mai ist. Auch EU-Beschäftigte sollen  
34           größtmöglich diesen Feiertag zur Erholung nutzen können.
- 35           6.   Städte angeregt werden, Veranstaltungen zu innereuropäische  
36           Städtepartnerschaften zu veranstalten.

## **Begründung**

*Erfolgt mündlich*

## **IA6 Für einen EU-Inspektor:innenrat**

Gremium: Junge Europäer - JEF Baden-Württemberg  
e.V.  
Beschlussdatum: 12.09.2021

### **Antragstext**

1 Die Umwelt- und Klimapolitik spielt eine herausragende Rolle in Europa. Das  
2 Umwelt- bzw. Klimabewusstsein der europäischen Bürger:innen wächst stetig. Es  
3 ist kaum überraschend, dass der Umweltschutz ein politischer Schwerpunkt der  
4 aktuellen EU-Kommission ist. Mit dem European Green Deal und dem Klimagesetz  
5 steuert die EU derzeit eine umfassende nachhaltige Transformation der  
6 Europäischen Union an, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen und  
7 damit bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent zu werden. Doch um diese großen  
8 politischen Ziele erreichen zu können, müssen die Vorgaben aus Brüssel effektiv  
9 in den Mitgliedsländern durchgesetzt werden und hier gibt es erhebliche  
10 Probleme. Seit langem ist ein großes Vollzugsdefizit in der europäischen  
11 Umweltpolitik bekannt und dies wird auch regelmäßig von der EU-Kommission  
12 thematisiert. Im jährlichen Bericht über die Anwendung des Unionsrechts bzw. in  
13 den Umweltaktionsprogrammen der EU postuliert die Union regelmäßig ein großes  
14 Vollzugsdefizit im Umweltbereich. Im Jahresbericht 2019 über die Anwendung des  
15 Unionsrechts schreibt die EU sogar: „Fully implemented and enforced legislation  
16 is essential to reach the current 2030 target of at least a 40% reduction (from  
17 1990 levels)“.

18 Die EU soll einen Inspektor:innenrat mit originärer Vor-Ort-Kontrollkompetenz im  
19 Umweltbereich einführen, um das Problem des Vollzugsdefizits im EU-Umweltrecht  
20 teilweise zu lösen.

21 Konkret könnte das folgendermaßen aussehen: Entweder man erweitert die  
22 Kompetenzen der EEA (Europäische Umweltagentur) und gibt der Agentur eine  
23 originäre Vor-Ort-Kontrollkompetenz, oder man erhöht die Kompetenzen der  
24 Generaldirektion Umwelt in der EU-Kommission und stattet die Behörde mit einer  
25 Vor-Ort-Kontrollkompetenz aus. Zusätzlich müsste die Mitarbeitendenzahl der  
26 Generaldirektion Umwelt auf mindestens 650 Mitarbeitende aufgestockt werden, um  
27 die Kontrollen auch tatsächlich durchführen zu können. Im Jahr 2020 besaß die  
28 Generaldirektion Umwelt 429 Mitarbeitende.

29 Die Schwierigkeiten im EU-Umweltbereich haben vielfältige strukturelle Probleme

30 und können nicht leicht gelöst werden. Daher kann man auch nicht davon ausgehen,  
31 dass alle Probleme im EU-Umweltrecht gelöst wären, wenn man einen EU-  
32 Inspektor:innenrat einführt. Allerdings würde diese Maßnahme eins der  
33 strukturellen Probleme des EU-Umweltrechts angehen - nämlich die ineffektive  
34 Vollzugskontrolle der EU. Um dieses Problem zu lösen, braucht die EU-Kommission  
35 mehr Kontrollressourcen (hauptsächlich mehr Personal) und eine originäre Vor-  
36 OrtKontrollkompetenz im Umweltbereich. Dies hat sonst zur Folge, dass die  
37 Kommission erstens auf die Hilfe mitgliedstaatlicher Behörden angewiesen ist,  
38 zweitens für die Prüfung der mitgliedstaatlichen Umsetzung und des Vollzugs von  
39 Europarecht private Unternehmen einsetzen muss und drittens Abstriche bei der  
40 Kontrolle der Durchsetzung von Unionsrecht im Umweltbereich machen muss. Das  
41 kann dazu führen, dass nicht jeder Verstoß gegen EU-Umweltrecht aufgedeckt wird  
42 bzw. verspätet.

### **Begründung**

*Erfolgt mündlich*

## **IA8 Europaweites WLAN für alle – Eduroam auf Schulen und Ausbildungsstätten ausweiten!**

Gremium: Junge Europäer - JEF Baden-Württemberg  
e.V.  
Beschlussdatum: 12.09.2021

### **Antragstext**

1 Der Bologna-Prozess hat nicht nur die Harmonisierung von Universitäten,  
2 Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Europa vorangetrieben, sondern auch  
3 deren europaweite Vernetzung mit dem WLAN- und Wissenschaftsnetzwerk Education  
4 Roaming (eduroam). Dieses versorgt einerseits europaweit Student:innen und  
5 Wissenschaftler:innen mit einem zuverlässigen WLAN-Zugang und ermöglicht  
6 andererseits ebenfalls den Zugriff auf diverse Datenbanken und Lernmaterialien.  
7 Allerdings sind die Möglichkeiten von eduroam bisher ausschließlich akademischen  
8 Einrichtungen und damit verbundene Personen vorenthalten. Schüler:innen und  
9 Auszubildende in ganz Europa sollten jedoch ebenfalls auf einen zuverlässigen  
10 Internetzugang und wissenschaftliche Inhalte zurückgreifen können, um sich  
11 reibungsloser innerhalb Europas vernetzen und damit auch selbständiger arbeiten  
12 und lernen zu können. Wir Jungen Europäischen Föderalisten fordern daher die  
13 Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten dazu auf, sich für die Umsetzung des  
14 folgenden Punktes einzusetzen:

- 15 • Ausweitung des Zugriffs auf den Dienst eduroam auf Ausbildungsstätten und  
16 Schulen in der Europäischen Union.

### **Begründung**

*Erfolgt mündlich*

## **IA9 Europa so früh wie möglich erlebbar machen – Förderung eines stärkeren Austausches von Schüler:innen innerhalb der EU!**

Gremium: Junge Europäer - JEF Baden-Württemberg  
e.V.  
Beschlussdatum: 12.09.2021

### **Antragstext**

1 „Einheit in Vielfalt“ – das Motto der Europäischen Union sollte bereits von  
2 Kindesbeinen an europaweit gelebt werden, um die europäische Integration zu  
3 fördern. Zur Förderung tragen hierbei vor allem Schüler:innenaustausche bei, bei  
4 denen man nicht nur eine neue Kultur und Lebensart kennenlernt, sondern  
5 ebenfalls seine Fremdsprachenkenntnisse verbessert, seinen persönlichen Horizont  
6 erweitert und dadurch das eigene interkulturelle Verständnis ausbauen kann.  
7 Insbesondere bei einem Aufenthalt bei einer Gastfamilie werden Schüler:innen  
8 Teil der gelebten Völkerverständigung und lernen, Menschen offen gegenüber  
9 zutreten. Trotz dieser Vorteile eines Auslandsaufenthaltes besteht in den  
10 meisten Fällen der Nachteil, dass diese mit einem erheblichen finanziellen  
11 Aufwand verbunden sind. Bei mehrmonatigen Aufenthalten können die Kosten dafür  
12 auch innerhalb Europas schnell einen hohen vierstelligen Betrag erreichen.  
13 Dennoch sollte alle Schüler:innen in Europa die Möglichkeit eines  
14 Auslandsaufenthaltes in ihrer Schulzeit offenstehen, unabhängig von den  
15 finanziellen Situation ihrer Eltern. Deshalb fordern wir die Europäische Union  
16 und ihre Mitgliedstaaten zur Umsetzung folgender Punkte auf:

- 17 • Die Etablierung eines europäischen Austauschförderprogrammes für  
18 Schüler:innen im Alter zwischen 14 und 17 Jahren von und an Schulen in der  
19 EU. Dabei sollen sowohl Aufenthalte bei Gastfamilien über wenige Wochen in  
20 den Schulferien (z.B. für Sprachkurse), als auch über ein paar Monate oder  
21 gar über ein gesamtes Schuljahr möglich sein.
- 22 • Das europaweite Austauschprogramm soll sich am *Brigitte-Sauzay-Programm*  
23 orientieren, bei welchem Schüler:innen aus Deutschland und Frankreich  
24 nacheinander jeweils drei Monate im anderen Land verbringen und zusammen  
25 mit ihrem/ihrer Austauschpartner:in die Schule besuchen. Dieses Programm  
26 bietet den entscheidenden Vorteil, dass die Schüler:innen nacheinander bei  
27 ihrer jeweiligen Gastfamilie ohne Unkosten unterkommen können und  
28 lediglich Kosten für Reise- und Freizeitaktivitäten anfallen.

- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- Nach einer erfolgreichen Etablierung eines europäischen Schüler:innen-Austauschprogramm soll in der EU bereits bestehende Austauschprogramme wie das *Brigitte-Sauzay-Programm* jedoch nicht überflüssig werden, sondern weiterhin für eine Vertiefung der europäischen Jugendbeziehungen bestehen bleiben.
- 34
- Die Finanzierung der entstehenden Kosten des Austauschprogramm (z.B. für Transfer, Sprachkurse, etc.) soll durch die EU erfolgen. Zudem sollen die Schüler:innen ein kleines monatliches Taschengeld für Freizeitaktivitäten erhalten. Die Höhe des bereitgestellten Taschengeldes soll sich dabei nach der Länge des Aufenthaltes und der Höhe des Einkommens der Eltern richten.
- 35
- 36
- 37
- 38

## **Begründung**

*Erfolgt mündlich*

## **IA10 Leistung honorieren – vergütete Pflichtpraktika europaweit ermöglichen!**

Gremium: Junge Europäer - JEF Baden-Württemberg  
e.V.  
Beschlussdatum: 12.09.2021

### **Antragstext**

1 Für einen erfolgreichen persönlichen Berufseinstieg sind Praktika während des  
2 Studiums unerlässlich geworden, wobei die theoretischen Inhalte des Studiums  
3 durch praktische Erfahrungen aus dem Berufsalltag ergänzt werden. Diesen Umstand  
4 haben auch die Universtäten erkannt, weshalb in vielen Studiengängen die  
5 Studienordnung mindestens ein studienbegleitendes „Pflichtpraktikum“, mitunter  
6 sogar ein gesamtes „Praxissemester“ vorschreibt. Die Praktika werden dabei schon  
7 lange nicht mehr nur national absolviert, sondern Student:innen zieht es hierfür  
8 zunehmend ins europäische Ausland. Doch auch wenn die Praktikanten in Vollzeit  
9 für ihre(n) Arbeitgeber:in tätig sind, sind angemessene Vergütungen für Praktika  
10 in Europa bedauerlicherweise immer noch nicht der Standard. Allerdings entstehen  
11 insbesondere für Praktika die mit einem Ortswechsel verbunden sind hohe Kosten  
12 für Praktikanten, die auf diesen ohne Vergütung zu einem erheblichen Teil sitzen  
13 blieben. Für die Jungen Europäischen Föderalisten muss aber verrichtete  
14 Arbeitszeit auch angemessen vergütete werden, weshalb wir die Europäische Union  
15 und ihre Mitgliedstaaten zur Umsetzung folgender Punkte auffordern:

- 16 • Einführung einer verpflichtenden monatlichen Vergütung für sämtliche  
17 Praktika in der Europäischen Union, die in der Studienordnung eines  
18 Studiengangs im Europäischen Hochschulraum vorgeschrieben sind.
- 19 • Hierbei muss eine Vergütung mit einem ausreichend hohen Mindestlohn  
20 angestrebt werden.
- 21 • Für Arbeitgeber:innen gibt es eine Förderung für die Bereitstellung von  
22 Praktikaplätzen, damit ausreichend Plätze für Verfügung gestellt werden.

### **Begründung**

*Erfolgt mündlich*



## **IA11 Eine europäische Lösung zur Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen**

Gremium: JEF NRW  
Beschlussdatum: 12.09.2021

### **Antragstext**

1 Der Schutz unserer Kinder und Jugendlichen muss ein zentrales Anliegen der  
2 europäischen Union werden. Wir fordern die Bereitstellung von Fördermitteln der  
3 europäischen Union für ein europaweites Anlaufstellensystem für Kinder und  
4 Jugendliche zur Prävention von sexualisierter Gewalt und als Schutzversprechen  
5 an die jüngsten Mitglieder unserer Gesellschaft. Vom Heimweg nach Hause über den  
6 Umgang mit körperlichen und seelischen Erkrankungen bis hin zu Umgang und  
7 Beratung mit sexualisierter Gewalt sollte ein 24/7 Anlaufstellensystem  
8 geschaffen werden. Nach z. B. dem Vorbild der „Notinsel“ einem Projekt der  
9 Deutschen Kinderschutzstiftung „Hänsel & Gretel“[5], könnten bestehende  
10 Anlaufstellen weiter unterstützt, gefördert und ausgebaut werden. Darüber hinaus  
11 muss sowohl die Unterstützung der staatlichen Institutionen zum Thema  
12 Kindeswohl, als auch die Schaffung von europaweiten Projektstellen wie den  
13 Arbeitsstab des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen  
14 Kindesmissbrauches unterstützt werden.[6] Abschließend sollen sowohl die  
15 Schulen, sämtliche Bildungseinrichtungen als auch die Freizeitangebote der  
16 Kinder und Jugendlichen für den Umgang mit Betroffenen sowie aktive Prävention  
17 sensibilisiert werden und hier sowohl fachkundig als auch finanziell unterstützt  
18 werden. Der JEF-Bundeskongress soll sich weiter dafür einsetzen, dass die  
19 körperliche und seelische Gesundheit unserer Jüngsten endlich in den Mittelpunkt  
20 der Gesellschaft gerückt wird. Die gesamte EU muss Ihrem Schutzversprechen  
21 „Kinder haben Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge die für ihr Wohlergehen  
22 notwendig sind“[7] endlich konsequent nachkommen.

### **Begründung**

#### **Hintergrund und Begründung:**

Wir als JEF NRW wollen uns verstärkt für eine europäische Lösung für eine Stärkung der Schutzrechte von Kindern und Jugendlichen einsetzen und den Kampf gegen Kindesmissbrauch, sexualisierte Gewalt und Nötigung von Jugendlichen aktiv mitgestalten. Auch die Bereitstellung der Fördermittel für Anlaufstellen für sowohl die körperliche als auch seelische Gesundheit von Kindern und

Jugendlichen ist uns ein zentrales Anliegen. Für die vulnerable Gruppe der Kinder und Jugendlichen fordern wir als JEF NRW die Möglichkeit zum Zugang zu einem zentralen Anlaufstellensystem, zu denen sie sowohl eigenständig als auch mit Ihren Eltern Zugang haben und Hilfe erhalten. Ihnen sollen dort Schutzangebote vom z.B. Heimweg in der Dunkelheit bis hin zu professioneller Hilfe beim Umgang mit z. B. Depressionen oder häuslicher Gewalt geboten bzw. vermittelt werden können. Wir wollen helfen, die Zusammenarbeit der Kindeswohl-Organisationen sowohl auf nationaler zu stärken, als auch europäischer Ebene den Austausch fördern, um so die Stärkung des Kindeswohles noch besser zu gewährleisten. Im Jahre 1989 verabschiedete die Generalversammlung der vereinten Nationen in Genf das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (UN-Kinderrechtskonvention) um den Startschuss für die Stärkung des Kindeswohles zu geben. Diese findet demnach auch in der Europäischen Union Anwendung und wurde im Artikel 24 der Charta der Grundrechte der europäischen Union umgesetzt. Die gesetzliche Grundlage ist somit geschaffen, jetzt gilt es die Kinder und Jugendlichen proaktiv im Alltag zu schützen und zu unterstützen.

### **Wieso ist uns das so wichtig?**

Die Anzahl der polizeilich erfassten Kinder, die Opfer von sexuellem Missbrauch wurden steigt kontinuierlich an. Im Jahr 2020 zählte die Polizei 16.686 Fälle. Von einer deutlich höheren Dunkelziffer ist auszugehen.[1] In Zeiten der Corona-Pandemie ist die Zahl der Fälle noch einmal signifikanter gestiegen als in den vergangenen Jahren. Unterstreichend dazu erhöhte sich auch die Anzahl der Fälle von pornographischen Inhalten im Zusammenhang mit Kindern und Jugendlichen ist um 53 % gestiegen.[2] In Kausalität dazu hat die Gewalt gegenüber Frauen ebenso stark zugenommen, was z. B. zu einer Überlastung der Frauenhäuser geführt hat.[3] Nicht zuletzt ist dieses Thema von großer Bedeutung da auch Bereiche wie z. B. Depressionen und Burnout unter immer mehr Kinder und Jugendlichen an Intensität gewinnen und die körperlichen und seelischen Krankheiten und Belastungen in dieser vulnerablen Gruppe mehr und mehr zunehmen.[4]

### **Quellen:**

[1] Statistische Bundesamt, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/38415/umfrage/sexueller-missbrauch-von-kindern-seit-1999/>

[2] Der Tagesspiegel, 26.05.2021, <https://www.tagesspiegel.de/politik/gewalt-gegen-kinder-deutlich-gestiegen-unbegreifliches-leid-unbeschreiblicher-schmerz/27224462.html>

[3] NDR, Häusliche Gewalt, <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/Haesusliche-Gewalt-Verschaerfte-Situation-wegen-der-Corona-Krise-,frauenhaus232.html>

[4] Tagesschau, 03.06.2021,

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/kinder-corona-111.html>

[5] <https://www.notinsel.de/>

[6] <https://www.hilfe-portal-missbrauch.de/impressum>

[7] <https://fra.europa.eu/de/eu-charter/article/24-rechte-des-kindes>

## **IA12 Für eine Reform der EU-Digitalpolitik**

Gremium: JEF NRW  
Beschlussdatum: 12.09.2021

### **Antragstext**

1 Die JEF Deutschland nimmt zur Kenntnis,

- 2 1. dass große internationale Unternehmen, insbesondere internationale  
3 Digitalunternehmen, in unverhältnismäßig großen Geldsummen systematisch  
4 Steuern in Europa vermeiden,
- 5 2. dass sich der digitale, europäische Markt in Gänze auf wenige Anbieter  
6 konzentriert,
- 7 3. dass in der E-Commerce Branche teils prekäre Arbeitsbedingungen,  
8 ausbeuterische Löhne und zweifelhafte Anstellungsverhältnisse  
9 vorherrschen,
- 10 4. dass E-Commerce Unternehmen teilweise die Arbeiten von Betriebsräten und  
11 betrieblichen Versammlungen aktiv behindern,
- 12 5. dass durch den Onlineversandhandel die Zahl gesundheitsschädlicher Waren  
13 ansteigt und infolgedessen mehr Beschäftigte in der Logistikbranche  
14 gesundheitlich gefährdet sind,
- 15 6. dass Onlinehändler teilweise durch Produkt-, Kontosperrern und der  
16 Einbehaltung von Guthaben einer Willkür der E-Commerce-Plattformanbieter  
17 unterworfen sind,
- 18 7. dass in Europa kaum inländische Digitalunternehmen internationalen  
19 Durchbruch erlangen.

20 Die JEF Deutschland kritisiert,

- 21 1. dass die EU bisher nicht schärfere Regelungen gegen die oben genannten  
22 zweifelhaften Geschäftspraktiken internationaler Digitalunternehmen

23

verabschiedet hat

- 24 2. dass die EU nicht stark genug europäische Digitalunternehmen finanziell  
25 und politisch unterstützt,
- 26 3. dass die EU nicht ausreichend die Übernahme von europäischen  
27 Digitalunternehmen reguliert.

28 Die JEF Deutschland wirbt,

- 29 1. erneut für einen europaweiten Mindestlohn und stärkeren Schutz bzw. höhere  
30 Strafen bei der Behinderung der Arbeit von Betriebsräten und betrieblichen  
31 Versammlungen,
- 32 2. für die Angleichung des Lohns von freien Mitarbeitern an die Löhne von  
33 Festangestellten in der E-Commerce Branche, unter Betrachtung aller für  
34 gewöhnlich anfallenden Versicherungskosten,
- 35 3. für eine Reform der gesetzlichen Bestimmung zur Societas Europaea (kurz  
36 SE) im Hinblick auf eine stärkere Mitbestimmung durch  
37 Arbeitnehmervertretungen,
- 38 4. für bessere Arbeitsbedingungen in E-Commerce Unternehmen in Bezug auf  
39 Pausenzeiten, Erfassung und Verarbeitung von Mitarbeiterdaten,  
40 Bewertungssysteme und Videoüberwachung,
- 41 5. für eine verschärfte Regelung des Betriebens von E-Commerce Plattformen  
42 zum Schutz der Onlinehändler in Bezug auf Datennutzung und -verarbeitung,  
43 sowie Plattformzugang und Plattformprovision,
- 44 6. für die Einführung einer europaweiten Quellensteuer auf den Umsatz statt  
45 bisher auf den Gewinn,
- 46 7. erneut für eine europaweite Homogenisierung der Steuersätze und die  
47 Einführung eines europaweiten Mindeststeuersatzes von 15 %,
- 48 8. für eine europaweite Aufstockung von Warenkontrollinstanzen, insbesondere  
49 Umweltbehörden und Zolleinheiten,
- 50 9. für die Verabschiedung von empfindlicheren Strafen gegen das Einführen und  
51 Handeln mit gesundheitsschädlichen Waren,
- 52 10. für eine Verabschiedung eines Gesetzes, dass die Speicherung, Nutzung und

- 53 Verarbeitung von europäischen Daten außerhalb von Europa verbietet,  
54 11. für das Auflegen eines eigenen, europäischen Fonds zur Förderung von  
55 europäischen Digitalunternehmen.

56 Die JEF Deutschland begrüßt in diesem Zusammenhang

- 57 1. die bisherigen Zusammenarbeiten europäischer Digitalunternehmen,  
58 insbesondere bei dem Projekt GAIA X,
- 59 2. die jüngsten Bemühungen der EU, um ein europäisches Lieferkettengesetz, um  
60 eine stärkere Steuergerechtigkeit, insbesondere im Fall der GAFKA, für  
61 fairere, digitale Marktbedingungen im Hinblick auf die Monopolstellungen  
62 der internationalen Digitalkonzerne.“

## Begründung

Seit einiger Zeit beunruhigen uns die Vorgänge auf dem europäischen E-Commerce-/Digitalmarkt. Denn seit dem Erlangen ihrer unbestrittenen Marktmacht, haben große Digitalkonzerne wie Google oder Amazon immer wieder gezeigt, dass es dem digitalen Raum in Europa an Richtlinien und gesetzlichen Sicherheitsmaßnahmen fehlt. Gleichzeitig wurde Europa auch vor wirtschaftliche Herausforderungen eines größeren und an Wichtigkeit gewinnenden digitalen Marktes gestellt. Diese Hürden konnten jedoch gerade im Hinblick auf Wachstum und Wettbewerb noch nicht überwunden werden. Konkret fordern wir daher politische Anstrengungen in verschiedenen Bereichen. Zu Punkt 1 a: hier handelt es sich insbesondere um große Digitalkonzerne wie Apple, Amazon, Microsoft, Google, Facebook, die über Niederlassungen in Irland, Luxemburg und der Niederlande nach Schätzung der EU jährlich bis zu 70 Mrd. € Steuer vermeiden. Zu Punkt 1 c: hier beziehen wir uns auf Lagerhilfen, Paketbot\*innen, Lieferant\*innen, Kuriere und Uber-Fahrer\*innen, die gewöhnlicherweise bei E-Commerce Unternehmen wie Amazon, Lieferdiensten wie Lieferando, Paketversandunternehmen wie DHL, Hermes, DPD und anderen Servicevermittlern zu arbeiten. Zu Punkt 1 d: hier beziehen wir uns auf Medienberichte aus den Betrieben von Amazon, Tesla, Zalando. Zu Punkt 1 e: mit einer immer größer werdenden Zahl von günstigen Anbietern wie joom, wish, jet, alibaba und amazon strömt eine immer größer werdende Zahl an minderwertigen Produkten auf den Markt. Diese riesigen Warenmengen können kaum noch fachmännisch überprüft werden. Das Risiko gesundheitlicher Schäden für Logistikmitarbeiter\*innen und Verbraucher\*innen steigt stetig an. Zum Schutze der Bevölkerung braucht es nach unserer Einschätzung eine Aufstockung des Zolls und der Umweltbehörden, sowie deren technischer Ausstattung, um der anhaltenden Warenflut Herr zu werden. Zu Punkt 1 f: Besonders Händler\*innen auf Amazon und Ebay sind in den letzten Jahren von der Willkür dieser Konzerne betroffen gewesen. Die Konzerne sperrten Produkte und Händlerkonten, behielten Guthaben

ein, ohne eine Begründung anzugeben. Aufgrund der Monopolstellung der Konzerne sind Einkommensausfälle auf diesen Plattformen für Händler\*innen Existenz bedrohend. Zu Punkt 3 d: Hier beziehen wir uns insbesondere auf Medienberichte aus den Amazon-Lagern bezogen auf die minutiöse Erfassung von Leistungsdaten, Gesundheitsdaten, Pausenzeiten und der Bewegung von Mitarbeiter\*innen, deren Ergebnisse teils Grundlagen für Kündigungen bildeten. Bei Zalando gibt es Mitarbeiter\*innenbewertungssysteme, die über die Löhne und die Aufstiegschancen entscheiden. Wir halten diese Form der Datenerfassung für einen tiefen, gesundheitsschädlichen Eingriff in die Privatsphäre der Mitarbeiter\*innen. Schließlich begrüßen wir noch in diesem Zusammenhang die jüngsten europäischen Bemühungen einer besseren Steuerpolitik, die europäische Zusammenarbeit bei digitalen Projekten wie etwa GAIA X, die europäischen Bestrebungen des Green Deals und die politische Sensibilisierung für die europäische, digitale Souveränität. Gerade die Corona Pandemie hat deutlich gemacht, dass in einer Zeit, in der die physische Welt stehen zu bleiben scheint, digitale Märkte und damit auch der E-Commerce Sektor und Digitalkonzerne florieren. Die EU muss in der Lage sein, hier ihre wirtschaftlichen Stärken ausbauen zu können, um im internationalen Wettbewerb weiter mithalten zu können. Gleichzeitig muss die EU jedoch auch rechtliche Rahmenbedingungen setzen, um ihre Werte, ihre Wirtschaftskraft und die Sicherheiten, die sie ihren Bürger\*innen und Händler\*innen bietet, auf dem digitalen Markt nicht zu verlieren.

## **IA13 Die Konferenz zur Zukunft Europas – Wir machen Druck für gute Ideen!**

Gremium: JEF NRW  
Beschlussdatum: 12.09.2021

### **Antragstext**

1 Aufbauend auf dem Beschluss „Wir brauchen nicht nur die Konferenz, sondern einen  
2 Konvent zur Zukunft Europas!“ vom 20.03.2021 und dem Beschluss „Die Konferenz  
3 zur Zukunft Europas darf keine Zuhör-Übung werden!“ vom 21.03.2020 möge die JEF  
4 Deutschland beschließen,

- 5 1. die verkürzte Dauer der Zukunftskonferenz von nur einem Jahr zu  
6 kritisieren und eine mögliche Verlängerung der Zukunftskonferenz zu  
7 befürworten.
- 8 2. ebenso die unzureichenden Maßnahmen der Werbung und Öffentlichkeitsarbeit  
9 zu kritisieren sowie die geringe öffentlich-mediale Aufmerksamkeit für die  
10 Zukunftskonferenz zu bedauern und größere Bemühungen in diesem Bereich zu  
11 fordern.
- 12 3. die Möglichkeit der transparenten und niedrigschwelligen Beteiligung der  
13 Bürger\*innen über die digitale Bürgerplattform ausdrücklich zu begrüßen  
14 und die Berücksichtigung der dortigen Ideen im weiteren Prozess der  
15 Konferenz einzufordern.
- 16 4. die weiteren Organe und Gremien der JEF aufzufordern, die Bürgerplattform  
17 zu nutzen, um die programmatischen Ideen der JEF und des europäischen  
18 Föderalismus in die Debatte einzubringen. Dies kann auch bedeuten, bereits  
19 eingereichte Ideen (z.B. durch die JEF Europe) zu unterstützen.
- 20 5. alle Mitglieder im Plenum der Zukunftskonferenz, insbesondere die  
21 Mitglieder der Zivilgesellschaft, aufzufordern, im Geiste des Europäischen  
22 Föderalismus die Ideen der Bürgerinnen und Bürger unvoreingenommen  
23 aufzunehmen und die Ergebnisse der Konferenz verbindlich umzusetzen.

### **Begründung**



Am Europatag 2021 wurde offiziell die Konferenz zur Zukunft Europas eröffnet. Bereits einige Wochen früher wurde die digitale Bürgerplattform der Konferenz veröffentlicht. Seither besteht für die Bürger\*innen die Möglichkeit, ihre Ideen für die Zukunft Europas in den Diskussionsprozess einzubringen, zu debattieren und für die Entscheidungsträger\*innen in den Institutionen zur Verfügung zu stellen.

Seither besteht erstmalig die Möglichkeit, sich mit den Strukturen und Prozessen der Zukunftskonferenz praktisch auseinanderzusetzen und diese zu bewerten. In diesem Zusammenhang ist es auch bedeutsam, unsere eigene Rolle in Zusammenhang mit der Zukunftskonferenz zu definieren und herauszufinden, wie wir diese im Sinne des europäischen Föderalismus nutzen können.

Der vorliegende Antrag beschäftigt sich in den Punkten 1 bis 3 mit der generellen Position der JEF Deutschland zur Zukunftskonferenz. Er nimmt dabei unsere bereits bestehende Beschlusslage aus den letzten Jahren auf und stellt fest, dass diese auch unter Anbetracht der tatsächlichen Form der Konferenz weiterhin im Grundsatz sinnvoll sind.

Die Punkte 4 und 5 ergänzen die vorangegangenen Absätze um zwei konkrete Kritikpunkte, welche sich im bisherigen Ablauf der Konferenz als empfindliche Schwächen des Konzeptes herausgestellt haben. Hier geht es insbesondere darum, dass die Konferenz als Instrument natürlich nur dann einen Wert für die EU (und die dort eingebrachten Ideen) hat, sofern diese mit Hilfe der Konferenz größere Durchschlagskraft entfalten können.

## **IA16NEU5 Leitantrag zu Bundeskongress 2021 Tore auf - Europa rein: Jetzt gestalten wir!**

Gremium: JEF Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 17.09.2021

### **Antragstext**

1 Schon vor 80 Jahren entlarvte Altiero Spinelli im Manifest von Ventotene die  
2 Idee des Nationalstaats als das wahre Hirngespinnst – denn nur ein vereintes  
3 Europa schafft eine friedliche und zukunftsfähige europäische Gemeinschaft.  
4 Dieses Jahr feiern wir das Jubiläum des Manifests, das bis heute eines der  
5 bedeutendsten Dokumente für die europäische föderalistische Bewegung und damit  
6 zentral für den weiteren Erfolg der europäischen Einigung ist. Im Manifest wird  
7 zum ersten Mal die Idee eines freien und vereinten Europas skizziert – und ist  
8 damit bis heute noch aktuell. Als Junge Europäische Föderalist\*innen verstehen  
9 wir uns als Verfechter\*innen der Idee von Ventotene - einer europäischen  
10 Föderation.

11 *Wir fordern: Reißt die Tore auf für ein Europa, das demokratisch, handlungsfähig*  
12 *und nachhaltig ist! Dazu wollen wir das Momentum der Zukunftskonferenz nutzen,*  
13 *um die föderalistische Stimme im Reformprozess der EU zu stärken.*

14 Seit dem gescheiterten Verfassungskonvent in den 2000ern folgte in Europa eine  
15 Krise der nächsten. Die Europäische Union steht heute so zerrissen da wie schon  
16 lange nicht mehr. Viele Probleme bleiben auch nach Jahren der Verhandlungen  
17 weiterhin ungelöst: Seit 2015 streiten die EU-Mitgliedstaaten ohne nennenswerte  
18 Erfolge über eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik. Klimaschutz wird zwar  
19 angegangen, allerdings unterscheiden sich die Ansichten über eine gerechte und  
20 klimafreundliche Transformation unserer Gesellschaft zwischen den  
21 Mitgliedstaaten erheblich. Eine gemeinsame Linie in der Außenpolitik zu finden,  
22 gelingt dem Rat der Europäischen Union sowie dem Europäischen Rat zunehmend  
23 weniger. Besonders besorgt beobachten wir, dass demokratische Prinzipien in  
24 Europa zunehmend bedroht und in einigen Mitgliedstaaten sogar unterwandert  
25 werden. Aber auch in vielen anderen Bereichen sehen wir anstatt Fortschritt  
26 Stillstand und Blockaden, die an der Zukunftsfähigkeit des europäischen  
27 Integrationsprojekts zweifeln lassen.

28 Wir erkennen zwar die zukunftsorientierten Bemühungen an, die in den letzten  
29 Monaten und Jahren in der EU unternommen wurden. Die Einigung zum

30 #NextGenerationEU Wiederaufbaufonds ist historisch bedeutend, weil die EU  
31 erstmals gemeinsame Schulden aufnimmt. Der European Green Deal birgt die Chance,  
32 Europa zu einem nachhaltigen und zukunftsfähigen Kontinent auszubauen. Trotzdem  
33 wirken diese Erfolge oft mehr wie ein Tropfen auf dem heißen Stein: Sie reichen  
34 bei weitem nicht aus, um die EU zukunftsfest und zukunftsfähig zu machen. Der  
35 Lissabon-Vertrag ist nicht mehr zeitgemäß und muss grundsätzlich erneuert  
36 werden. Stattdessen brauchen wir eine europäische Verfassung, die echte  
37 Demokratie in der EU schafft und die EU befähigt, europäische und globale  
38 Herausforderungen zu meistern.

39 Reißen wir die Tore auf, für ein Europa, das **demokratisch** ist!

- 40 • Wir fordern, dass das Europäische Parlament zu einer umfassenden  
41 Bürger\*innenvertretung wird. Dazu braucht das Parlament ein  
42 Initiativrecht, es muss in jeder Hinsicht am Gesetzgebungsprozess  
43 beteiligt sein und vor allem die ureigene Aufgabe eines Parlaments  
44 besitzen, Steuern und Abgaben festzulegen. Zudem muss es durch ein in  
45 allen Mitgliedstaaten einheitlich geltendes europäisches Wahlrecht auch  
46 über transnationale Listen gewählt werden können.
  
- 47 • Wir fordern, dass die/der Präsident\*in der Europäischen Kommission sowie  
48 alle Kommissare ausschließlich vom Europäischen Parlament gewählt werden  
49 und setzen uns dabei für die vertragliche Festsetzung des  
50 Spitzenkandidat\*innen-Prinzips ein.
  
- 51 • Wir fordern, dass die Übermacht des Europäischen Rates als  
52 intergouvernementales Gremium begrenzt wird und die Dominanz der  
53 Nationalstaaten auf den EU-Integrationsprozess einer stärkeren Rolle des  
54 Europaparlaments weicht.
  
- 55 • Wir fordern, dass die Entscheidungsprozesse innerhalb der europäischen  
56 Institutionen, insbesondere aber im Rat der Europäischen Union  
57 transparenter und für die Bürger\*innen der EU nachvollziehbar werden.
  
- 58 • Wir fordern, dass zur Stärkung der europäischen Zivilgesellschaft ein  
59 europäisches Vereinsrecht eingeführt wird, welches Vereinen eine  
60 unbürokratische und rechtssichere Möglichkeit eröffnet, sich auf  
61 europäischer Ebene zu organisieren.

62 Reißen wir die Tore auf, für ein Europa, das **handlungsfähig** ist!

- 63 • Wir fordern eine gemeinsame europäische Außenpolitik, in der die EU  
64 strategische Selbstständigkeit erlangt. Dies bedeutet: Das  
65 Institutionengefüge muss trotz seiner Komplexität zügig auf aktuelle  
66 Krisen und Konflikte antworten können. Der erste Schritt hierfür sind  
67 Mehrheitsentscheidungen statt Einstimmigkeits- und Konsensprinzip in  
68 außenpolitischen Fragen.
- 69 • Wir fordern, dass die bestehenden Institutionen grundlegend neugestaltet  
70 werden. In einer sich beschleunigenden Welt haben behäbige  
71 Entscheidungsprozesse wie die intergouvernementalen Verhandlungen im  
72 Europäischen Rat sowie im Rat der EU ausgedient. Die Handlungsmacht der  
73 Räte muss deutlich reduziert werden. Als Staatenvertretung haben sie zwar  
74 eine Rolle im Gesetzgebungsprozess, dürfen allerdings nicht  
75 letztinstanzlich sämtliche Gesetzesvorhaben verhindern können.

76 Reißern wir die Tore auf, für ein Europa, das **nachhaltig** ist!

- 77 • Wir fordern, dass die Digitalisierung des europäischen Kontinents auf  
78 sämtlichen Ebenen vorangetrieben wird. Digitalisierung darf hierbei nicht  
79 als Kosteneinsparung und Ersetzen von Arbeitskraft verstanden werden,  
80 sondern vielmehr sollen Prozesse effizient, bürger\*innennah und leicht  
81 verständlich gestaltet werden. Hierfür kann die europäische Föderation  
82 einen rechtlichen Rahmen gestalten, insbesondere mit dem Ziel, bei dieser  
83 Transformation niemanden zurückzulassen.
- 84 • Wir fordern, dass der Europäische Green Deal in der EU gemeinsam  
85 verwirklicht wird. Das 1,5°C-Ziel kann nur erreicht werden, wenn wir als  
86 europäischer Kontinent zusammen die gerechte Transition in eine  
87 klimaneutrale Zukunft gestalten.
- 88 • Wir fordern, dass die Mobilitätswende zur Erreichung des Klimaziels  
89 umgesetzt wird. Getreu dem laufenden Jahr der Schiene, das von der  
90 Europäischen Kommission ausgerufen wurde, muss unsere Infrastruktur  
91 nachhaltig werden. Dazu gehört ein leistungsfähigeres, vernetztes und  
92 gemeinsames Zugsystem, das zu einer erweiterten Verbindung europäischer  
93 Metropolen und Landschaften beiträgt.

94 Es ist an der Zeit, die Zügel in die Hand zu nehmen und den  
95 Föderalisierungsprozess zu beschleunigen. Kleine Schritte sind wichtig auf  
96 diesem Weg, doch wir fordern keinen Trapp, sondern einen furiosen Galopp, um

97 unsere Vision einer europäischen Föderation schnellstmöglich zu erreichen und  
98 auf die Probleme unserer Zeit zu antworten.

99 Die Konferenz zur Zukunft Europas stößt uns die Tore auf, um mehr Europa  
100 hereinzulassen. Jetzt sind wir an der Reihe, die Zukunft Europas zu gestalten.  
101 Wir müssen uns in die Konferenz einbringen, unsere Vision für ein geeintes  
102 Europas vorbringen und darauf hinwirken, so die notwendigen Veränderungen in der  
103 EU zu erreichen. Die nationalen Regierungen lassen ein verstärktes Engagement im  
104 Rahmen der Zukunftskonferenz vermissen und zögern, allein die Möglichkeit von  
105 Vertragsveränderungen einzuräumen. Jedoch muss die Stimme der Bürger\*innen  
106 gehört werden und die Konferenz zwingend in einen Konvent münden, um ein  
107 demokratisches, handlungsfähiges und nachhaltiges Europa zu schaffen.

108 Der vergangene Wahlkampf in Deutschland hat europäische Themen oft vergessen,  
109 und während Europa nach Deutschland blickte, kreiste dies vor allem um sich  
110 selbst und vernachlässigte die eigene Verantwortung, ein verlässlicher Partner  
111 in Europa zu sein. Die neue Bundesregierung muss darum jetzt klaren  
112 Gestaltungswillen für die Zukunft Europas beweisen und zügig eine Regierung  
113 bilden, die sich dieser Verantwortung bewusst ist. Dafür haben wir bei der  
114 Bundestagswahl unsere Stimme abgegeben. Jetzt fordern wir von der neuen  
115 Bundesregierung, nicht nur Europa mitzudenken, sondern Europa mitzugestalten und  
116 die Chance zu nutzen, die sich mit den proeuropäischen Regierungen in Frankreich  
117 und Italien aktuell ergibt. Wir werden die Bundesregierung fortlaufend an diesen  
118 Auftrag erinnern.

119 Stellen wir uns überzeugt in die Tradition des Manifests von Ventotene, bringen  
120 wir die Idee der Europäischen Föderation mutig voran! Hierbei müssen wir die  
121 blockierenden Keile der nationalkonservativen und nationalstaatlich denkenden  
122 Kräfte aufbrechen und Europas angestaubte Pforte öffnen, um den Wind frischer  
123 Ideen einzulassen. Nutzen wir das Momentum, das uns Pandemie, Bundestagswahl und  
124 Konferenz zur Zukunft Europas gerade geben! Denn jetzt gestalten wir, mutig und  
125 entschlossen: *Simply a generation ahead!*

## **Begründung**

erfolgt mündlich

## **IA17NEU Europäische Zukunft mit Nord Stream 2**

Antragsteller\*innen:

### **Antragstext**

1 Die Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland stellen fest, dass die  
2 Gaspipeline „Nord Stream 2,“ die Russland mit Deutschland verbindet, nach  
3 jahrelangem europäischen wie auch transatlantischen Streit nunmehr  
4 fertiggestellt wurde. Hierbei handelt es sich um ein unumkehrbares Faktum,  
5 sodass jetzt auf europapolitischer Ebene in die Zukunft geschaut werden muss.  
6 Bei dieser Thematik ist vor allem zu beachten, dass einerseits berechtigte  
7 Zweifel an der Lauterkeit Russlands bestehen, insbesondere hinsichtlich dem  
8 Einsatz der Pipeline als Druckmittel zu Lasten der Ukraine. Andererseits wurden  
9 bereits im Vorfeld Umnutzungspläne untersucht, wonach die Pipeline im Rahmen der  
10 Energiewende statt klimaschädlichen Erdgas umweltfreundlichen Wasserstoff  
11 transportieren könnte.

12 Diese potenziellen Pläne befürworten wir als JEF und fordern daher alle  
13 europäischen Akteure und insbesondere die deutsche Bundesregierung dazu auf,  
14 sich dafür einzusetzen, dass die Pipeline zum einen nicht durch die russischen  
15 Vertragspartner als politisches Machtinstrument missbraucht wird und zum anderen  
16 eine Umnutzung der Pipeline zum Transport von umweltfreundlichen Wasserstoff  
17 erfolgt.

### **Begründung**

Ergibt sich aus dem Antragstext bzw. erfolgt mündlich.

# IA19NEU4 Für einen echten europäischen Katastrophenschutz!

Antragsteller\*in: JEF Niedersachsen

## Antragstext

1 Alle großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfordern europäische, wenn  
2 nicht sogar globale Lösungsansätze. Aktuelle Beispiele in der Covid-19-Pandemie  
3 sind die gemeinsame Impfstoffbestellung der EU und punktuelle zwischenstaatliche  
4 Kooperationen, um die Überlastung in den Krankenhäusern zu vermeiden.

5 Diese Beispiele zeigen aber auch, dass bisherige Bemühungen eher unregelmäßigen  
6 und unstrukturierten Charakters sind und keine soliden und verlässlichen  
7 Kooperationen mit sich bringen. Die Mitgliedstaaten koordinieren ihre Kräfte  
8 zwar vereinzelt, bündeln sie aber nicht ausreichend. Außerdem stellen wir fest,  
9 dass die Regierungen einiger Mitgliedstaaten die EU als Sündenbock für eigenes  
10 Versagen benutzen und Erfolge, die auf europäischer Ebene erreicht werden, für  
11 sich selbst verbuchen.

12 Bei der Erreichung des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens sind es die  
13 gemeinsamen Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, um unsere Lebensgrundlage zu  
14 sichern und die Klimakatastrophe so gering wie möglich zu halten. Staaten  
15 leisten bereits regelmäßig Hilfe bei der Bewältigung von Naturkatastrophen,  
16 beispielsweise bei Hochwasser, Waldbränden, schwerem Unwetter oder Erdbeben. Mit  
17 dem Fortschreiten des Klimawandels wird die Zahl der Naturkatastrophen höchst  
18 wahrscheinlich weiterhin zunehmen, die immer extremere Formen annehmen können  
19 und daher ein gemeinsames, europäisches Vorgehen dagegen erfordern.

20 Auf europäischer Ebene koordiniert das Referat für Sicherheit und  
21 Situationsanalyse der EU-Kommission die Hilfe unter den EU-Mitgliedsstaaten und  
22 bietet darüber hinaus Datensammlung, -analyse und -interpretation von  
23 potenziellen und tatsächlich auftretenden Katastrophen sowie regelmäßigen  
24 Informationsaustausch und finanzielle Unterstützung im Bedarfsfall an.

25 Unterstützung kann jedoch nicht in jedem Fall gewährleistet werden. Die Mittel  
26 reichen oft nicht aus, da Eigenbedarf in den Mitgliedsstaaten besteht. Europa,  
27 und vor allem Nordeuropa, hat über lange Zeit nicht ausreichend in den  
28 Katastrophenschutz investiert und ist dementsprechend nicht gut ausgestattet, da  
29 die Staaten erst seit Kurzem mit diesem Ausmaß an Extremereignissen konfrontiert  
30 werden. Zudem funktioniert der EU-Katastrophenschutzmechanismus meist nur dann

31 reibungslos, wenn ein einziger Mitgliedstaat von einer Katastrophe betroffen  
32 ist. Mit der Koordination von Hilfeleistungen, die gleichzeitig in mehreren  
33 Staaten benötigt werden, ist die EU aktuell überfordert, wie die lange Dauer der  
34 Waldbrände im Juli dieses Jahrs und die Größe der verbrannten Fläche gezeigt  
35 haben.

36 Auf der ganzen Welt sehen sich Gesellschaften mit einem Anstieg multipler  
37 Katastrophen konfrontiert, die teilweise aus globalen Krisen resultieren. Für  
38 alle Katastrophen, die das Leben oder die Gesundheit einer Vielzahl von EU-  
39 Bürger\*innen oder ihre natürliche Lebensgrundlage gefährden, braucht es einen  
40 echten europäischen Katastrophenschutz!

41 Die Jungen Europäischen Föderalist\*innen unterstützen das rescEU-Programm der  
42 Kommission, welches europäische Ressourcen für Katastrophenschutz finanziert und  
43 den Mitgliedstaaten zur Verfügung stellt, und fordern darüber hinaus

## 44 **Harmonisierung und Ausweitung**

- 45 • eine Kompetenz- und Ressourcenausweitung der existierenden europäischen  
46 Behörden des Katastrophenschutzes, zentral des ERCCs (Zentrum für die  
47 Koordination von Notfallmaßnahmen);
  
- 48 • die solidarische Verteilung von Ressourcen des Katastrophenschutzes auf  
49 die europäische Staatengemeinschaft;
  
- 50 • eine Harmonisierung der behördlichen Einsätze und Arbeitsabläufe im Rahmen  
51 des Katastrophenschutzes;
  
- 52 • einheitliche technische Standards für alle Gerätschaften die im Rahmen des  
53 Katastrophenschutzes und der Krisenbewältigung zum Einsatz kommen;
  
- 54 • Rettungsdienst- sowie grenzübergreifende Leitzentralen, um Einsätze  
55 einheitlich und kohärent zu koordinieren;
  
- 56 • die aktive Unterstützung von Nicht-EU-Ländern bei Katastrophenbewältigung;

## 57 **Präventionsmaßnahmen und Finanzierung**



- 58 • die Etablierung von Präventionsmaßnahmen im Katastrophenschutz als Teil  
59 anderer Förderlinien wie z.B. dem Fonds für regionale Entwicklung;
  
- 60 • die Ausweitung des Katastrophenhilfsfonds zur Beschleunigung von  
61 Wiederaufbaumaßnahmen, sowie der Einrichtung von Präventionsverfahren;
  
- 62 • eine Stärkung der rescEU-Reserven des Europäischen  
63 Katastrophenschutzverfahrens, insbesondere der medizinischen Ausrüstung  
64 sowie des medizinischen Teams;
  
- 65 • eine europäische Koordination zukünftiger Krisenbewältigung, die sich an  
66 konkreten Problemlagen orientiert und nicht vor nationalen Grenzen halt  
67 macht;
  
- 68 • die Etablierung europaweiter analoger sowie digitaler Bürger\*innen-  
69 Warnsysteme, die mehrmals im Jahr auf ihre Funktion hin überprüft werden;

## 70 **Ausbildungsstandards**

- 71 • Ausweitung der Zusammenarbeit der Katastrophenschutzstellen bei der Aus-  
72 und Weiterbildung von Einsatzkräften, sowie die Gründung von  
73 Ausbildungszentren für europäische Katastrophenschutz Helfer\*innen;
  
- 74 • die Schaffung europäischer Ausbildungsstandards und standardisierter  
75 Fähigkeitenkataloge im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz;

## 76 **Wissensaustausch**

- 77 • Vertiefung der Vernetzung der nationalen Behörden auf horizontal-föderaler  
78 Ebene sowie mit den europäischen für Katastrophenschutz zuständigen  
79 Behörden;
  
- 80 • Vertiefung der Vernetzung von europäischen Behörden mit internationalen  
81 Partnern zum Austausch von Fachwissen und regionalen Erfahrungswerten mit  
82 einer interdisziplinären Ausrichtung, zum Beispiel in Form von  
83 internationalen Einsatzübungen und Kongressen;

- 84
- 85
- 86
- 87
- gezielte Aufklärungs- und Informationskampagnen der Europäischen Union sowie der Mitgliedstaaten, um die Vertrautheit der Bürger\*innen mit den europäischen Katastrophenschutzstrategien sowie -maßnahmen und damit die individuelle Sicherheit zu erhöhen;
- 88
- 89
- 90
- die Einführung eines einheitlichen europäischen Kompetenzrahmens und das Prinzip nachdem Katastrophenschutz Helfer grundsätzlich die Maßnahmen ergreifen dürfen, die sie in ihrem Heimatland ergreifen dürften.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## IA20NEU3 Legale Migration erleichtern

Antragsteller\*innen:

### Antragstext

1 Wir leben in einer Welt voller Ungleichheiten - ökonomische Ungleichheit ist  
2 davon eine der entscheidendsten. 80% des Einkommens einer Person hängen von ihrem  
3 Geburtsort ab, ganz egal wie klug, fleißig oder unternehmerisch sie ist.  
4 Gleichzeitig nimmt die Anzahl unterdrückerischer Regime, die die Rechte ihrer  
5 Einwohner\*innen beschneiden, in den letzten Jahren wieder deutlich zu.  
6 Politische Unfreiheit (ohne Verfolgung) und Armut sind jedoch keine von der  
7 Genfer Flüchtlingskonvention anerkannten Fluchtkriterien - Asyl steht diesen  
8 Menschen damit nicht zu.

9 Nicht zuletzt träumen viele Menschen einfach von einem besseren Leben, indem sie  
10 ihr Potenzial verwirklichen können - auch wenn ihre Heimatländer ihnen diese  
11 Chance oft nicht bieten.

12 In der EU herrscht währenddessen in einigen entscheidenden Bereichen  
13 Fachkräftemangel, bspw. im IT-Bereich oder in der Pflege. Gleichzeitig wird die  
14 Gesellschaft immer älter. Eine Einwanderung von Fachkräften in die EU kann in  
15 beiden Fällen Abhilfe schaffen, die europäische Wirtschaft beleben und den  
16 demographischen Wandel abmildern. Sie schafft für viele Menschen eine  
17 entscheidende Chance, ihr Können und Potenzial in Europa zu verwirklichen.

18 Migration ist aus ökonomischer Sicht für die Aufnahmeländer in aller Regel  
19 positiv - einige der innovationsstärksten Wirtschaften, wie bspw. die USA,  
20 profitieren von der Zuwanderung der klügsten und ambitioniertesten Menschen aus  
21 aller Welt. So sind bspw. in den USA 2009 30% aller Patent-Inhaber\*innen  
22 ausländischer Herkunft. Die EU profitiert aktuell nicht von einer derartigen  
23 Zuwanderung - im Gegenteil: Viele ihrer klügsten Köpfe wandern ab, bspw. in die  
24 USA oder Israel, weil dort bessere Perspektiven warten.

25 Neben den Effekten für die Aufnahmeländer hat Migration auch positive  
26 Auswirkungen auf die Herkunftsländer: So versorgen viele Migrant\*innen  
27 Familienangehörige per Geldsendungen oder investieren in kleinere Betriebe in  
28 ihrem Herkunftsland. In einigen Staaten, wie bspw. El Salvador, fügen  
29 Rücküberweisungen beinahe 25 % zum BIP hinzu. Immigrant\*innen tragen so auch in  
30 ihren Herkunftsländern zu wirtschaftlicher Entwicklung bei. Gleichzeitig kann

31 die Emigration entscheidender Teile der Bevölkerung Regime unter Druck setzen  
32 und somit für Reformen sorgen, die ein besseres Leben vor Ort ermöglichen.

33 Als negativer Effekt von Auswanderung für *Herkunftsländer* wird demgegenüber  
34 häufig der sogenannte *Brain drain* genannt, bei dem gut ausgebildete Menschen das  
35 Land verlassen und ihre Fähigkeiten, bspw. in der Medizin, vor Ort fehlen. Dies  
36 ist bereits innerhalb Europas ein Problem, wenn bspw. ärztliches- und  
37 Pflegepersonal aus Südosteuropa in die Niederlande oder nach Deutschland  
38 immigriert. Ökonomische Studien legen jedoch nahe, dass positive Effekte legaler  
39 Migration wie oben aufgezeigt diesen Nachteil überwiegen, v.a. weil nicht wenige  
40 Migrant\*innen nach einiger Zeit zurückkehren und entscheidendes Wissen  
41 mitbringen (wie bspw. hier für das ehemalige Jugoslawien nachgewiesen).

42 Migration nützt also nicht nur der EU, sondern ebenso den Herkunftsländern und  
43 am meisten den Migrant\*innen selbst, die auf legalem Wege die Möglichkeit  
44 erhalten, ihr Einkommen und ihre Zukunftsperspektiven schnell deutlich zu  
45 verbessern. Zudem kann die Ausweitung legaler Migrationswege das Asylsystem  
46 entlasten.

47 Die Möglichkeiten für legale Migration sind innerhalb der EU aktuell jedoch sehr  
48 beschränkt. Die Blaue Karte EU ist kein wirksames Instrument, um legale  
49 Migration im großen Stil anzuregen: Sie ist beschränkt auf hochqualifizierte  
50 Fachkräfte mit hohen Gehältern, und ist mit weiteren bürokratischen Hürden  
51 versehen, die die Mitgliedsländer individuell ausgestalten können. De facto sind  
52 seit der Einführung der Blue Card nur wenige Karten ausgegeben worden, und zwar  
53 der Großteil davon von Deutschland, und es ist v.a. akademisches Personal, das  
54 davon profitiert.

55 Darum fordern wir zur Änderung dieser Umstände:

- 56 • die Ausweitung der Blauen Karte EU - auch mittelgradig qualifizierte  
57 Arbeitskräfte sollen sich auf einen Aufenthalt in der EU bewerben können,  
58 wenn ihre Fähigkeiten gebraucht sind (wie bspw. in der Pflege).
- 59 • eine Harmonisierung und Vereinfachung nationaler behördlicher  
60 Einwanderungsprozesse.
- 61 • die schnelle und bürokratiearme europaweite Anerkennung von bestehenden  
62 Bildungs- und Berufsabschlüssen.
- 63 • die Sicherstellung grundlegender Arbeitnehmer\*innen-Rechte sowie  
64 gesundheitlicher und sozialstaatlicher Versorgung von in Europa  
65 arbeitenden Drittstaatenangehörigen. Dazu gehören alle Maßnahmen, die eine  
66 Ausbeutung der Arbeitenden verhindern.

67 • den Ausbau EU-finanzierter Studien-, Weiter- und Ausbildungsprogramme für  
68 in Frage kommende Drittstaatenangehörige. Dazu kann auch die Bezuschussung  
69 von Sprachkursen gehören.

70 • den Ausbau europäisch finanzierter beruflicher Austauschprogramme in Süd-  
71 Nord-Richtung mit vernünftiger zeitlicher Begrenzung. Diese Programme  
72 können eine Alternative sein, wenn Drittstaaten gegenwärtig Probleme in  
73 der nationalen Versorgung mit Fachkräften sehen, aber gleichzeitig von den  
74 Vorteilen eines Austauschs profitieren wollen.

75 Legale Migration ist jedoch nur eine Seite gemeinsamer europäischer Asyl- und  
76 Migrationspolitik. Die Ausweitung legaler Migrationswege nimmt die EU nicht aus  
77 der Pflicht, allen nach der Genfer Flüchtlingskonvention Geflüchteten in Zukunft  
78 zügig Schutz zu gewährleisten und die Verteilung der Geflüchteten fair,  
79 effizient und menschenfreundlich zu regeln.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.

# IA21 EU-Digitaloffensive auf die Bildung

Antragsteller\*in: JEF Bayern

## Antragstext

1 In der Corona-Pandemie mussten Schulen, Hochschulen und weitere  
2 Bildungseinrichtungen weltweit innerhalb kürzester Zeit auf Digitalformate  
3 umsteigen. Europaweit variieren Ressourcen und Umsetzung diesbezüglich stark.  
4 Die Prioritäten der Europäischen Kom- mission bis 2024 beinhalten mitunter eine  
5 Digitalstrategie, mit der das kommende Jahrzehnt zur "Digital Decade" Europas  
6 werden soll.

7 Gemäß Artikel 6 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union  
8 (AEUV) kann die EU im Bereich der Bildung die Aktivitäten der Mitgliedstaaten  
9 unterstützen, koordinieren oder ergänzen.

10 Damit Europa erfolgreich Standards im digitalen Bereich setzen kann, darf der  
11 Bildungs- bereich nicht außer Acht gelassen werden. Dazu fordern die JEF  
12 Deutschland Unterstützung auf europäischer Ebene für Bildungseinrichtungen im  
13 digitalen Bereich. Dazu gehören:

- 14 1. Eine sichere europäische Cloud, die von Schulen, Hochschulen sowie  
15 Einrichtungen der Erwachsenenbildung bei Bedarf genutzt werden kann.
- 16 2. Eine europäische Förderung für Open-Source-Videokonferenzplattformen, um  
17 ein DSGVO-konformes Angebot nach den Anforderungen der europäischen  
18 Bildungs- einrichtungen, zu schaffen.
- 19 3. Eine europäische Plattform für Lernmaterialien, die von Schulen,  
20 Hochschulen sowie Einrichtungen der Erwachsenenbildung bei Bedarf genutzt  
21 werden kann.

## Begründung

s. Einleitung Antrag

## IA22 IA24: Europäisches Jahr der Schiene 2021 nutzen

Antragsteller\*in: JEF Bayern

### Antragstext

1 Mit immer neuen Temperaturrekorden bleibt der Klimawandel weiter im Mittelpunkt  
2 der Medien. Mit dem vorübergehenden Ausstieg der USA aus dem Pariser  
3 Klimaabkommen verbleibt die EU als wichtigster Taktgeber im Kampf gegen die  
4 Klimakatastrophe. Neben dem Ausbau erneuerbarer Energien ist die Verkehrspolitik  
5 eine wichtige Stellschraube, um die EU-Ziele der CO<sub>2</sub>-Neutralität bis 2050 zu  
6 erreichen.

7 Mit noch ungeklärten Problemen, wie Ladenetzen und Rohstoffverbrauch sind  
8 Elektroautos allein hierfür nicht das Patentrezept. Aus diesem Grund hat die  
9 Kommission 2021 zum "Europäischen Jahr der Schiene" erklärt. Ziel dessen ist,  
10 die Bahn als Verkehrsmittel zu fördern. Kampagnen und weitere Aktionen sollen  
11 Bürger\*innen wie Unternehmen dazu ermutigen, bevorzugt mit dem Zug zu reisen.

12 Die JEF Deutschland befürwortet diesen Schritt und sieht es als wichtig, diese  
13 Initiative zu nutzen, um Zugverkehr auf europäischer Ebene stärker zu fördern.  
14 Dazu gehören:

- 15 1. Die Förderung des Ausbaus von transnationalen Zugverbindungen.  
16 Beispielhaft sind die Verbindungen zwischen Bayern und der Tschechischen  
17 Republik, wie dem Grenzübergang Nové Údolí/Haidmühle, wo auch über 30  
18 Jahre nach Fall des Eisernen Vorhangs die ursprüngliche  
19 Schienenverbindung nicht wiederhergestellt ist.
- 20 2. Die europaweite Senkung von Preisen für Zugfahrten, insbesondere für junge  
21 Menschen. Dies könnte auch durch - wie von der Kommission angestrebt -  
22 eine europaweite Liberalisierung des Bahnverkehrs erreicht werden.
- 23 3. Der Ausbau der europaweiten Hochgeschwindigkeits- und  
24 Nachtzugverbindungen. Diese stellen in besonderem Maße eine Alternative zu  
25 umweltschädlicheren Kurz- und Mittelstreckenflügen innerhalb Europas dar.
- 26 4. Der Ausbau der europaweiten Schieneninfrastruktur im Zuge der  
27 Transeuropäischen Netze (TEN-T) für einen umweltfreundlichen  
28 grenzüberschreitenden Personen- und Gütertransport. Dazu zählen besonders

29 die Einführung des einheitlichen Zugsicher- ungssystems European Train  
30 Control System (ETCS) sowie der Bau von zusätz- lichen Umschlagterminals,  
31 um einen modalen Wechsel von Straßen- zu Schienen- güterverkehr zu  
32 fördern.

### **Begründung**

s. Einleitung Antrag

### **Unterstützer\*innen**

Daniel Gerjets (JEF Hessen)



## IA23 IA21: Der Umgang der EU mit China als Wirtschaftsmacht

Antragsteller\*in: JEF Bayern

### Antragstext

1 Im Jahr 2020 hat China erstmals die USA als größten Handelspartner der EU  
2 abgelöst. In fast allen exportorientierten Wirtschaftszweigen ist es unmöglich  
3 ohne China als Handels- partner auszukommen. Aus diesem Grund wurde jahrelang an  
4 einem Investitionsabkommen zwischen der EU und China gearbeitet. Nach der  
5 kürzlichen Verschlechterung der Bezieh- ungen, unter anderem aufgrund  
6 chinesischer Sanktionen gegen Abgeordnete des Europäi- schen Parlaments, die  
7 sich gegen die Menschenrechtsverletzungen an den Uiguren in China ausgesprochen  
8 haben, liegt das Abkommen jedoch auf Eis.

9 Gleichzeitig baut der chinesische Staat seinen Einfluss auf dem europäischen  
10 Kontinent weiter aus. In seinem Projekt der "neuen Seidenstraße" finanziert  
11 China große Infrastruktur- projekte auch in EU-Staaten und bringt diese dabei in  
12 gefährliche Abhängigkeiten von chinesi- schen Kapitalgebern.

13 Für die EU ist es also wichtig eine Antwort auf die immer größere  
14 wirtschaftliche Bedeutung Chinas zu finden. Die JEF Bayern befürwortet den Abbau  
15 von Handelshemmnissen und stärkeren wirtschaftlichen Austausch auch als  
16 Möglichkeit europäische Werte in anderen Ländern zu fördern. Das jüngste  
17 Verhalten Chinas wirft jedoch Zweifel an dessen Vertrags- treue auf, weshalb ein  
18 Handelsabkommen "um jeden Preis" nicht wünschenswert ist. Europäische Werte  
19 dürfen nicht zu Verkauf stehen.

20 Daher fordert die JEF Deutschland:

21 1. Die Knüpfung des Investitionsabkommens zwischen der EU und China an die  
22 Bedingungen:

- 23 1. einerseits der Einhaltung menschenrechtlicher Standards in China  
24 sowie der Wahrung von Arbeitnehmer:innenrechten in China
- 25 2. andererseits an die faire Behandlung europäischer Unternehmen in  
26 China

27 2. Die Festlegung von Sanktionen durch die EU im Falle von Nicht-Einhaltung.  
28 Diese sollen eine schnelle Handlungsfähigkeit der EU bei Verstößen Chinas

29

ermöglichen.

30

3. Eine klare Strategie der Europäischen Union bei der Bereitstellung finanzieller Mittel (insbesondere beim Wiederaufbau nach der Coronakrise), die eine Antwort auf chinesische Einflussnahme bei Infrastrukturprojekten in der EU darstellt.

31

32

33

34

4. Gleichzeitig muss die EU, unter der Verpflichtung Chinas zur Einhaltung der international unverhandelbaren Menschenrechte, weiter eng mit China zusammenarbeiten. Insbesondere bei den Themen Klimaschutz und Gesundheitspolitik sind globale Lösungsansätze alternativlos.

35

36

37

## **Begründung**

s. Einleitung Antrag

## **Unterstützer\*innen**

Daniel Gerjets (JEF Hessen)

## **IA24NEU4 Mehr Europa in der Verteidigungspolitik – mehr Verteidigungspolitik in Europa!**

Antragsteller\*in: JEF Bayern

### **Antragstext**

1 Auch unter Präsident Biden bleibt es offensichtlich, dass die USA zunehmend von  
2 ihrer globalen Führungsrolle Abstand nehmen – auch wenn dies unter deutlich  
3 diplomatischer Rhetorik geschieht. Doch die multipolare Welt, die sie  
4 hinterlassen, ist nicht die Utopie, die sich viele erhofft hatten. Russland übt  
5 immer stärkeren Druck auf seine Nachbarstaaten aus und China möchte als  
6 wirtschaftliche Supermacht das internationale Gefüge in seinem Interesse  
7 umgestalten – ganz nach dem Motto: “Der Osten steigt auf, der Westen steigt ab”.

8 Bereits jetzt ist die EU als wirtschaftliche Großmacht ein wichtiger Player in  
9 internationaler Politik. Doch in dem zunehmend rauer werdenden Klima der  
10 Geopolitik fehlt es an militärischer Stärke, um ein ernstzunehmender  
11 Verhandlungs- und Bündnispartner zu sein. Bereits 2015 haben die Jungen  
12 Europäischen Föderalisten Deutschland auf dem Bundeskongress die Forderung nach  
13 einer europäischen Armee verabschiedet, die nationale Armeen ersetzt, dadurch  
14 Ressourcen bündelt, Beschaffungsprozesse erleichtert und Verteidigungsausgaben  
15 reduziert. Sie steht in der Tradition der Abrüstung und ermöglicht eine  
16 effiziente sowie effektive Verteidigung der EU und ihrer Partner\*innen. Diese  
17 europäische Armee ist sowohl Voraussetzung, als auch eine notwendige  
18 Konsequenz aus dem Kernziel der JEF einen europäischen Bundesstaat zu gründen.

19 Doch wird das politische Geschehen und globale Krisen nicht auf die EU warten.  
20 Europa muss jetzt handlungsfähig werden. Die Frage, die sich stellt, ist also:  
21 was können die europäischen Staaten tun, um ein ernstzunehmender Faktor in der  
22 Weltpolitik zu werden?

23 Daher fordern die JEF Deutschland:

- 24 1. Auf dem Gebiet der Rüstung muss die europäische Zusammenarbeit weiter  
25 ausgebaut werden. Der bestehende Rahmen unter der Ständigen Strukturierten  
26 Zusammenarbeit (PESCO)<sup>[1]</sup> muss weiter intensiviert und langfristig eine  
27 gemeinsame Beschaffungsstruktur geschaffen werden. Besonderes Augenmerk  
28 liegt hier auf gemeinsamen Forschungsprojekten. Bei der Beschaffung neuer  
29 Waffensysteme soll der Fokus auf europaweit einheitlichen Lösungen liegen,

- 30 um Redundanzen zu minimieren und die Zusammenarbeit zwischen europäischen  
31 Streitkräften zu erleichtern.
- 32 2. Eine Standardisierung der militärischen Verkehrssprache anhand der NATO-  
33 Terminologie, wahlweise zu Englisch.
- 34 3. Den Aufbau einer europäischen Verteidigungskooperation insbesondere im  
35 Bereich der Weltraum- und Cyber-Abwehr.
- 36 4. Die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips, hin zu einem qualifizierten  
37 Mehrheitsprinzip im Europäischen Rat und im Rat der Europäischen Union in  
38 Fragen der militärischen Zusammenarbeit. Der Unterausschuss Sicherheit und  
39 Verteidigung (SEDE) des Europäischen Parlaments soll in sämtliche  
40 Beratungen eingebunden werden.
- 41 5. Die EU-Mitgliedsstaaten sollen in ihren Tätigkeiten im UN-Sicherheitsrat  
42 europäische Interessen einbeziehen und sich untereinander besser  
43 koordinieren. Die Europäische Union soll sich um einen ständigen Sitz im  
44 Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bewerben.
- 45 6. Die gemeinsame Ausarbeitung einheitlicher europäischer Bedingungen für den  
46 Export von Rüstungsgütern aus der Europäischen Union in Drittstaaten,  
47 beispielsweise die Einhaltung von Menschenrechten.
- 48 7. Europa muss zu einer gemeinsamen strategischen Kultur finden, um in  
49 Zukunft einen gemeinsamen Einsatz von Streitkräften zu ermöglichen.  
50 Wichtige Schritte hierfür sind:
- 51 1. Eine europaweite Diskussion, wie zukünftig gemeinsame Einsätze von  
52 Verbänden erfolgen sollen. Dies betrifft sowohl die bereits  
53 bestehenden - aber ungenutzten – EU-Battlegroups, als auch  
54 zukünftige Verantwortungsüber- nahme außerhalb der NATO.
- 55 2. Ein verstärktes Austauschprogramm, sowohl innerhalb der Offiziers-  
56 als auch der Mannschaftsebene, um die strategischen Unterschiede der  
57 Militärs anzu- gleichen. Vorbild könnte ein von Präsident Macron  
58 gefordertes “Erasmus for soldiers” sein.
- 59 3. Eine gemeinsame Vertretung der EU in der NATO im Rahmen einer  
60 koordi- nierten europäischen Sicherheitspolitik. Dies muss Hand in  
Hand mit einer aktiveren gemeinsamen Außenpolitik der EU geschehen.

62 8. Europa muss sein Engagement in der NATO intensivieren. Das Ziel muss eine  
63 geostrategische Politik mit den USA sein, nicht unter deren Schutzmacht.

64 9. Wir fordern eine Neuausrichtung der Gemeinsamen Außen- und  
65 Sicherheitspolitik (GASP), um durch einen ganzheitlichen Ansatz die  
66 Synergien von Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik stärker zu  
67 nutzen.

68 Diese Forderungen sollen einen konkreten Anstoßpunkt für eine selbstbewusste  
69 europäische Verteidigungspolitik bilden.

70 <sup>11</sup> Permanent Structured Cooperation - eine Plattform für gemeinsame  
71 Rüstungsprojekte auf EU-Ebene.

## **Begründung**

s. Einleitung Antrag

## **IA25NEU3 Code of Conduct der JEF Deutschland**

Gremium: BAG Empowerment und Diversity  
Beschlussdatum: 13.09.2021

### **Antragstext**

1 *basierend auf dem Code of Conduct der JEF Europa*

- 2 • Kenntnis nehmend von der zunehmenden Professionalisierung der Aktivitäten  
3 des JEF Deutschland Netzwerks;
  
- 4 • Bekräftigend, dass ein Code of Conduct eine Reihe von Prinzipien und  
5 Werten sowie Regeln und Verfahren in Bezug auf das Verhalten der  
6 Teilnehmer\*innen und den Umgang mit anderen enthalten soll und zur  
7 Sicherheit und Einbeziehung aller Beteiligten beiträgt;
  
- 8 • unter Berücksichtigung der Vielfalt, die unter den Mitgliedern der JEF  
9 (JEFer\*innen) vorhanden ist;
  
- 10 • mit dem Ziel, eine immer sicherere, inklusivere, vielfältigere und  
11 gleichberechtigtere Teilhabe und Arbeitsumgebung bei den Aktivitäten der  
12 JEF Deutschland zu gewährleisten; und
  
- 13 • Betonung der Null-Toleranz-Politik der JEF Deutschland gegenüber jeglicher  
14 Art von Diskriminierung und bedrohlichem, aggressivem Verhalten und  
15 Anerkennung des Handlungsbedarfs, um sicherzustellen, dass diese Politik  
16 umgesetzt und realisiert wird;

17 hat die JEF Deutschland den folgenden Text als ihren Code of Conduct  
18 (Verhaltenskodex) angenommen, der, wie erläutert, bei allen Aktivitäten der JEF  
19 Deutschland, ob offiziell oder inoffiziell, gilt.

20

### **1. Einleitung**

21 Die JEF Deutschland verpflichtet sich, eine Kultur aufrechtzuerhalten und  
22 weiterzuentwickeln, die auf gegenseitigem Respekt, Menschenwürde, Sicherheit und  
23 Gleichberechtigung als Voraussetzungen für den vollen Zugang und die aktive  
24 Teilhabe beruht und das Recht auf einen geschützten Raum und eine sichere  
25 Teilhabe an ihren Aktivitäten widerspiegelt.

26 Das Ziel dieses Code of Conduct ist es, sicherzustellen, dass sich jede\*r  
27 Einzelne in der JEF Deutschland sicher, gehört, einbezogen und respektiert  
28 fühlt, dass jede\*r Einzelne die Möglichkeit hat, sich aktiv in unserem Verein zu  
29 beteiligen, und dass die JEF als Organisation kontinuierlich nach weiterer  
30 Inklusion, Vielfalt und Sicherheit in all ihren Aktivitäten strebt.

31 Der Code of Conduct umreißt die soziale und ethische Verantwortung von  
32 Einzelpersonen und Gruppen und verpflichtet die JEF Deutschland zur Umsetzung  
33 des Code of Conducts. Der Code of Conduct umfasst eine Reihe von inhaltlichen  
34 und verfahrenstechnischen Regeln, wie z. B. den Einsatz einer Awareness-Stelle,  
35 zur Gewährleistung einer sicheren Teilhabe und eines geschützten Raums, der  
36 Inklusion, Gleichberechtigung und des gegenseitigen Respekts gegenüber Personen,  
37 die an JEF-Aktivitäten beteiligt sind.

38

## **2. Für wen der Code of Conduct gilt**

39 Der Code of Conduct bindet jede Person, die an den Aktivitäten der JEF  
40 Deutschland beteiligt ist, während der gesamten formellen und informellen  
41 Aktivitäten, auf die in diesem Absatz, Bezug genommen wird.

42 Mit der Anmeldung zu oder der Teilnahme an einer JEF-Veranstaltung akzeptiert  
43 und verpflichtet sich jede\*r Teilnehmer\*in automatisch zu diesen Regeln.

44 Als Teilnehmer\*in an Aktivitäten der JEF Deutschland wird erwartet, dass der  
45 Code of Conduct sowie die gesetzlichen Verpflichtungen bekannt und verständlich  
46 sind, unabhängig vom eigenen Aufenthaltsort der Teilnehmenden.

47 Sollten jemals Zweifel über ein bestimmtes Verhalten entstehen, sind die  
48 Teilnehmer\*innen aufgefordert, eine der Kontaktpersonen (wie in Abschnitt 8  
49 definiert) um Rat zu fragen.

50

## **3. Wo und wann dieser Code of Conduct gilt**

51 Der Code of Conduct gilt sowohl bei Online- als auch bei Offline-Aktivitäten der  
52 JEF Deutschland, sowohl im formellen als auch im informellen Rahmen.

53 Unter einem formellen Umfeld ist jeder Teil einer Veranstaltung der JEF  
54 Deutschland, Arbeitsgemeinschaft oder von Bundesprojekten und Präsenz- sowie  
55 Online-Sitzungen von Gremien wie dem Bundeskongress und dem Bundesausschuss zu  
56 verstehen.

57 Unter "informellem Umfeld" sind alle Aktivitäten zu verstehen, die in Verbindung  
58 mit einem formellen Treffen oder einer anderen JEF Deutschland-Veranstaltung  
59 stattfinden, oder andere informelle Zusammenkünfte, die eindeutig mit JEF  
60 Deutschland-Aktivitäten verbunden sind, einschließlich, aber nicht beschränkt  
61 auf gesellschaftliche Veranstaltungen und Online-Kommunikation.

62

#### **4. Über das Treffen von Annahmen**

63 Die JEF Deutschland ist ein inklusiver und geschützter Raum für junge Menschen  
64 aus allen Lebensbereichen, die sich aktiv für ein freies und geeintes Europa  
65 einsetzen wollen. Daher werden JEFer\*innen und Teilnehmer\*innen an JEF-  
66 Aktivitäten ermutigt, ihre bewussten Vorurteile und unbewussten Vorurteile zu  
67 überwinden. Dementsprechend sollten JEFer\*innen und Teilnehmer\*innen an JEF-  
68 Aktivitäten ihr Bestes tun, um nicht

- 69 1. Annahmen über eine Person auf Grundlage der Nationalität, der ethnischen  
70 Herkunft, der Hautfarbe, des Aussehens, einer Behinderung, der Sprache,  
71 des Alters, des sozialen Status oder Weiteres zu treffen;
- 72 2. Annahmen über die religiöse oder politische Zugehörigkeit oder Nicht-  
73 Zugehörigkeit, andere Überzeugungen oder den Glauben einer anderen Person  
74 zu treffen;
- 75 3. die Geschlechtsidentität oder sexuelle Orientierung einer Person  
76 anzunehmen;
- 77 4. die Fähigkeit einer Person anzunehmen, die gleichen Dinge zu tun, die man  
78 selbst tun kann;
- 79 5. davon auszugehen, dass jeder in guter Gesundheit ist, physisch oder  
80 anderweitig.



81 **5. Über das Handeln in Übereinstimmung mit dem Code of**  
82 **Conduct**

83 Die folgenden Regeln sind weit auszulegen und umfassen jedes Verhalten, das als  
84 unangemessen und unvereinbar mit den Werten der JEF Deutschland angesehen werden  
85 kann. Jeder Verstoß gegen diese Regeln führt zu Maßnahmen (wie in den Verfahren  
86 in Abschnitt 7 definiert).

87 Die Teilnehmer\*innen an JEF-Aktivitäten verpflichten sich, ein respektvolles  
88 Verhalten anzunehmen und zu fördern, das Folgendes beinhaltet:

- 89 1. andere zu respektieren und sie nicht zu verunglimpfen;
- 90 2. zu respektieren, dass eine andere Person das Wort ergreift;
- 91 3. sensible Themen in einer respektvollen Art und Weise zu diskutieren und  
92 daran zu denken, dass sie für andere persönlich sein können;
- 93 4. ein Umfeld zu schaffen, in dem es allen leicht fällt, die eigene Meinung  
94 zu äußern;
- 95 5. Unterstützung und Ermöglichung der Teilnahme und Einbeziehung anderer, zum  
96 Beispiel durch leichte Sprache und Erklärung von Abkürzungen, Begriffen  
97 und schwierigen Konzepten;
- 98 6. keine Diskriminierung aufgrund von persönlichen Merkmalen, körperlichen  
99 oder anderen, wie in Punkt 4 dargestellt, vorzunehmen;
- 100 7. es vermeiden, das Aussehen einer anderen Person in einer Weise zu  
101 kommentieren, die ihr Unbehagen verursacht oder sie objektiviert;
- 102 8. keine Sprache zu verwenden, die den Gedanken hervorhebt, dass eine  
103 grundlegende Gesundheit und Fähigkeit erwartet wird;
- 104 9. die Kultur einer anderen Person nicht zu beurteilen oder negativ zu  
105 kommentieren;
- 106 10. keine rassistischen Stereotype in ihrer Rede, ihren Handlungen oder ihrem  
107 Verhalten zu nähren, auch nicht als Scherz oder ironisch;
- 108 11. den persönlichen Raum/Intimsphäre anderer zu respektieren und andere nicht  
109 ohne deren ausdrückliche Erlaubnis körperlich zu berühren;

110 12. andere nicht zu schikanieren, sich über sie lustig zu machen oder sie  
111 herabzusetzen, oder über die Fehler anderer zu lachen, es sei denn, sie  
112 lachen gemeinsam mit ihnen;

113 13. andere JEFer\*innen und Teilnehmer\*innen an JEF-Aktivitäten nicht in  
114 irgendeiner Weise zu belästigen oder zu missbrauchen.

## 115 **6. Verpflichtungen der JEF Deutschland, Organisator\*innen** 116 **und Moderator\*innen von JEF Deutschland Aktivitäten**

### 117 *Vorstellung des Code of Conduct*

118 1. Der Code of Conduct muss vor jeder JEF Deutschland-Veranstaltung und -  
119 Aktivität, bei der der Code Anwendung findet, verbreitet werden. Darüber  
120 hinaus sollen zu Beginn der Veranstaltung oder Aktivität die wichtigsten  
121 Punkte kurz inhaltlich vorgestellt werden.

122 2. Die Vorstellung des Code of Conduct soll:

- 123 1. sicherstellen, dass die Teilnehmer\*innen seinen Inhalt und seine  
124 Verpflichtungen verstehen;
- 125 2. dem Zweck des Code of Conducts angemessen sein;
- 125 3. die Art und Dauer der Veranstaltung berücksichtigen.

126 3. Der Code muss von einem\*r der Organisator\*innen, Moderator\*innen oder der  
127 Awareness-Stelle vorgestellt werden, und gleichzeitig müssen die Mittel  
128 zur Meldung an die Awareness-Stelle vorgestellt werden; und  
129

130 4. Der Code muss während der gesamten Veranstaltung oder Aktivität zum  
131 Nachschlagen, online wie offline, zugänglich sein.

### 132 *Awareness-Stelle*

133 1. Die Awareness-Stelle stellt die Umsetzung der Maßnahmen für eine  
134 gleichberechtigte Teilhabe sicher. Mitglieder der Awareness-Stelle haben  
135 die Aufgabe, die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Teilnehmer\*innen  
136 zu gewährleisten und für die Teilnehmer\*innen persönlich und online  
137 erreichbar zu sein. Sie ist außerdem die erste Anlaufstelle für  
138 Mitglieder, die Rat in Konfliktsituationen, bei Diskriminierung sowie bei  
139 anderen Formen von Gewalt suchen. Alle Anliegen werden vertraulich  
140 behandelt.

141 2. Die Awareness-Stelle besteht aus mindestens zwei bis zu fünf

- 142           Ansprechpersonen, die zu jeder Zeit kontaktiert werden können. Die  
143           Ansprechpersonen sollten möglichst divers sein und verschiedene  
144           Geschlechteridentitäten repräsentieren. Sie werden vom Bundesausschuss-  
145           Gremium gewählt und für ein Jahr eingesetzt. Darüber hinaus können die  
146           Mitglieder der Awareness-Stelle andere JEF Mitglieder in der  
147           Konfliktlösung schulen. Anschließend können diese die Aufgaben der  
148           Mitglieder der Awareness-Stelle in deren Abwesenheit bei Veranstaltungen  
149           wahrnehmen.
- 150           3. Um die Unabhängigkeit der Awareness-Stelle zu gewährleisten, darf diese  
151           nicht aus einem Mitglied des Bundesvorstandes, des Bundesausschuss-  
152           Präsidiums, des Bundessekretariats, eines Landesvorstandes oder eines  
153           Landesausschuss- Präsidiums bestehen.
- 154           4. Das Awareness-Stelle soll bei den Bundesausschüssen und dem Bundeskongress  
155           sichtbar vertreten und ansprechbar sein. Sollten nicht zwei  
156           Vertreter\*innen der Awareness-Stelle für eine Veranstaltung verfügbar  
157           sein, so ist eine geschulte Vertretung zu organisieren.
- 158           5. Bei weiteren Veranstaltungen auf Bundesebene sollte nach Möglichkeit eine  
159           Person von der Awareness-Stelle oder eine von der Awareness-Stelle  
160           geschulte Person anwesend sein. Alternativ sollte mindestens eine  
161           Ansprechperson anwesend sein, die den Code of Conduct gelesen und  
162           verstanden hat und auf seine Einhaltung auf der Veranstaltung achten kann.
- 163           6. Das Awareness-Team kann auf Anfrage der Landes- und Kreisverbände Personen  
164           vor Ort schulen. Außerdem unterstützt die Awareness-Stelle Landes- oder  
165           Kreisvorstände auf Wunsch bei Fragen zu gleichberechtigter Teilhabe und  
166           diskriminierungsfreiem Miteinander im Verband. Das Ziel sollte der Aufbau  
167           von eigenständigen Angeboten bzw. einer eigenen Awareness-Stelle auf der  
168           jeweiligen Ebene sein.
- 169           7. Das Awareness-Team kann andere JEF-Organe wie den Bundesvorstand, sowie  
170           die Arbeitsgemeinschaft Empowerment & Diversity, unter Achtung der  
171           Anonymität auf strukturelle Missstände im Verband aufmerksam machen. Die  
172           Awareness-Stelle kann außerdem den Bundesvorstand im Rahmen ihrer  
173           thematischen Zuständigkeit beraten.

174           *Formular Code of Conduct*

- 175           1. Für die Veranstaltungen und Aktivitäten der JEF steht ein Online-Formular  
176           zur Verfügung, das nur der Awareness-Stelle zugänglich ist und von dieser  
177           jederzeit aktiv überwacht werden muss;

- 178 2. Das Formular wird von den Kontaktpersonen für zwei Wochen nach der  
179 Veranstaltung oder Aktivität überprüft;
- 180 3. Das Formular muss die Möglichkeit bieten, zu erklären, was passiert ist  
181 und was die nächsten Schritte sein sollen;
- 182 4. Das Formular muss die Möglichkeit bieten, die eigenen Kontaktdaten  
183 anzugeben oder sich für Anonymität zu entscheiden.

## 184 **7. Reporting**

185 Der Code of Conduct gilt für jedes Mitglied der JEF Deutschland und jede\*n  
186 Teilnehmer\*in an einer JEF-Aktivität, unabhängig von ihrer Rolle in der  
187 Organisation. Wenn ein Verhalten beobachtet oder erlebt wird, das beunruhigend  
188 ist oder das einen Verstoß gegen den Code darstellen könnte, sollte das Problem  
189 bitte umgehend bei der Awareness-Stelle angesprochen werden, sofern man sich  
190 dabei wohlfühlt. Dies kann entweder anonym oder zusammen mit einer  
191 Vertrauensperson geschehen. Das gibt der JEF Deutschland die Möglichkeit, sich  
192 mit dem Problem zu befassen und es zu korrigieren, idealerweise, bevor es zu  
193 einem Gesetzesverstoß oder einer Gefahr für die Gesundheit oder Sicherheit wird.

194 Unangemessenes oder unerwünschtes Verhalten oder Handeln kann gemeldet werden  
195 durch:

- 196 1. Eine oder mehrere der zu Beginn der Aktivität vorgestellten Mitglieder der  
197 Awareness-Stelle, persönlich oder online
- 198 2. Ein Code of Conduct-Formular, das zur anonymen Meldung verwendet werden  
199 kann und auf der Webseite der Awareness-Stelle verlinkt ist;
- 200 3. Kontaktaufnahme zur Awareness-Stelle und andere Mittel, die zu Beginn der  
201 Veranstaltung oder Aktivität genannt werden.

## 202 **8. Verfahren im Falle von unangemessenem Verhalten**

203 Im Falle eines Verstoßes gegen den Code of Conduct sind die zuständigen  
204 Ansprechpartner\*innen bei der Veranstaltung oder Aktivität verpflichtet, nach  
205 bestem Wissen und Gewissen und mit dem Einverständnis der von dem Verhalten  
206 betroffenen Person, in aufeinanderfolgender Reihenfolge und je nach Schwere und  
207 Möglichkeit der Wiederholung der Handlung

- 208 1. Die Teilnehmer\*innen an ihre Verpflichtung zu erinnern, sich in  
209 Übereinstimmung mit diesem Code of Conduct zu verhalten, und ihnen

- 210 Hinweise zu geben, wie sie dies tun können;
- 211 2. Ein persönliches Gespräch mit der Person zu führen, die gegen den Code of  
212 Conduct verstoßen hat, um sicherzustellen, dass ein gegenseitiges  
213 Verständnis über die Art der unangemessenen Handlung besteht,  
214 einschließlich der Klärung und Erläuterung möglicher Missverständnisse und  
215 interkultureller Unterschiede;
- 216 3. Die anderen Organisator\*innen der Veranstaltung oder die  
217 Sitzungsleiter\*innen, bei Bedarf, über das problematische Verhalten oder  
218 den Verstoß gegen den Code of Conduct zu informieren;
- 219 4. durch Moderation eines strukturierten Gesprächs zwischen den Parteien, die  
220 Situation zu klären;
- 221 5. In Absprache mit dem Organisationsteam und den Moderator\*innen der  
222 Aktivität die Sitzung zu unterbrechen und/oder der Person, die gegen den  
223 Code of Conduct verstößt, die Teilnahme am Rest der Veranstaltung oder  
224 Aktivität zu untersagen.

225 Im Falle einer Meldung gewalttätigen oder potenziell illegalen Verhaltens wird  
226 wie in Kapitel 9 Absatz 2 verfahren.

227 Wenn die Person, die gegen den Code of Conduct verstoßen hat, ein gewähltes Amt  
228 in der JEF Deutschland innehat, kann die nächste satzungsgemäße Versammlung, je  
229 nach Art des Verstoßes und mit Zustimmung der vom Verhalten betroffenen Person,  
230 über den Vorfall informiert werden.

## 231 **9. Rechtliche Schritte**

232 Repräsentant\*innen der JEF Deutschland und alle Teilnehmer\*innen an JEF-  
233 Deutschland-Veranstaltungen und -Aktivitäten unterliegen den lokalen Gesetzen.  
234 Es wird von ihnen erwartet, dass sie den Code of Conduct sowie alle geltenden  
235 Gesetze, Regeln und Vorschriften einhalten. In einem Fall, in dem die  
236 Bestimmungen des Code of Conduct mit geltendem Recht in Konflikt stehen sollten,  
237 hat das Recht Vorrang.

238 Im Falle von gewalttätigem oder diskriminierendem Verhalten ist die  
239 Ansprechperson verpflichtet, eine Polizeibehörde einzuschalten, wenn dies nach  
240 den Gesetzen des Landes notwendig und möglich ist. Die betroffene Person oder  
241 Gruppe wird durch diese Maßnahmen nicht daran gehindert, gerichtlich gegen die  
242 Person, die gegen das Gesetz verstößt, vorzugehen.

243 **10. Datenschutz**

244 Zum Schutz der Privatsphäre aller Beteiligten sind die Awareness-Stelle und  
245 andere am Prozess beteiligte Personen zur Verschwiegenheit über alle Tatsachen  
246 verpflichtet, es sei denn, ein rechtliches Verfahren erfordert dies oder es  
247 dient der Sicherheit des Einzelnen.

248 Die Kontaktpersonen und andere am Prozess beteiligte Personen dürfen die  
249 Identität der Betroffenen nicht ohne deren vorherige Zustimmung preisgeben.

250 Jegliches schriftliche Material, das Informationen über die beteiligten Personen  
251 enthält, sollte nicht länger aufbewahrt werden, als es dem Zweck und der Zeit  
252 der Lösung des Falles dient. Es muss umgehend nach Abschluss des Falles –  
253 spätestens zwei Jahren nach der Erstdokumentation des Vorfalls – von allen  
254 Geräten, Datenbanken und anderen Orten gelöscht werden. Die Dokumentation der  
255 Vorfälle kann anonymisiert zum Zweck der Entwicklung eines Handlungsleitfadens  
256 aufbewahrt werden.

**Begründung**

Erfolgt mündlich.

## **IA26 Für europäische Geschlechtergerechtigkeit**

Gremium: BAG Empowerment und Diversity  
Beschlussdatum: 18.09.2021

### **Antragstext**

1 Nachfolgend wird die Bezeichnung "Frau" bzw. „Frauen“ im Text für alle Frauen,  
2 Lesben, inter, nicht-binäre, trans- und agender (ohne Geschlecht) Personen  
3 verwendet.

### **Ökonomische Gerechtigkeit**

4  
5 Die Corona-Pandemie hat erneut verdeutlicht, wie fragil die Lage der Frauen auf  
6 dem Arbeitsmarkt ist und, dass sie in den systemrelevanten Berufen deutlich die  
7 Mehrheit bilden. Das Weltwirtschaftsforum stellt fest, dass die Corona-Pandemie  
8 die Gleichberechtigung um Jahrzehnte zurückgeworfen hat. 136,5 Jahre soll es  
9 laut dem WEF noch dauern, bis die Gleichberechtigung der Frauen erreicht wird.  
10 Das EIGE hat während festgestellt, dass 2,2 Millionen Frauen während der  
11 Coronakrise ihren Job verloren haben, und dass Frauen ebenfalls hauptsächlich an  
12 der unbezahlten Carearbeit sowie am Homeschooling der Kinder beteiligt waren.  
13 Für Arbeitnehmer\*innen bedeutet dies entweder eine Doppelbelastung oder eine  
14 Zurückstellung beruflicher Ambitionen. In der Covid-Pandemie wurde darüber  
15 hinaus ein signifikanter Anstieg der partnerschaftlichen Gewalt gegen Frauen  
16 festgestellt, wobei die Grauzone noch deutlich höher sein dürfte.

17 Auch in anderen Bereichen legt die Pandemiezeit Diskriminierung aufgrund des  
18 Geschlechts offen, indem Frauen schon stärker als sonst benachteiligt werden.  
19 Laut dem statischen Bundesamt verdienen Frauen beispielsweise in Deutschland im  
20 Schnitt 18% weniger als Männer. In Europa liegt der Durchschnitt bei 16%. In gut  
21 bezahlten Positionen sind Frauen besonders unterrepräsentiert. In europäischen  
22 börsennotierten Unternehmen befinden sich aktuell 33% Frauen im Vorstand, davon  
23 sind 27% in Führungspositionen und 16% in exekutiven Positionen. Um die  
24 Lebensstandards von Frauen in der EU zu verbessern, müssen europaweite  
25 Mindeststandards eingeführt werden, an denen sich die EU-Mitgliedstaaten  
26 orientieren müssen.

27 Unterschiedliche Standards gibt es auch im Hinblick auf die Elternzeit. Aufgrund  
28 von unzureichenden Möglichkeiten der Kinderbetreuung, sind Frauen in vielen  
29 europäischen Staaten häufig dazu gezwungen, über die Elternzeit hinaus und ohne

30 angemessene finanzielle Anerkennung die Kinderbetreuung zu übernehmen.

31 Eine besonders große Belastung stellt in vielen Teilen Europas außerdem die  
32 Rentenarmut dar, von der Frauen besonders stark betroffen sind. In Europa liegt  
33 die durchschnittliche Differenz den Rentenbetrags zwischen Frauen und Männern  
34 beim Rentenbetrag bei 13%.

35 Daraus ergeben sich folgende Forderungen:

- 36 • Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen den Geschlechtern;
- 37 • Gleicher Lohn für gleiche Arbeit sowie allgemeine Stärkung von Frauen in  
38 der Berufswelt;
- 39 • Angleichung von Elternzeit;
- 40 • Verringerung des Einkommens- und Rentengefälles;
- 41 • Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen;
- 42 • Finanzielle Anerkennung von Care-Arbeit;
- 43 • Schutz vor Ausbeutung; und
- 44 • Förderung von Frauen in Führungspositionen und in den Vorständen von  
45 börsennotierten Unternehmen.

### 46 **Politische Gerechtigkeit**

47 Die Repräsentation von Frauen in der Politik hat sich zwar über die letzten  
48 Jahre hinweg verbessert, jedoch ist die Teilhabe von Frauen in der Politik noch  
49 lange nicht gleichberechtigt. So hat sich im EU-Parlament der Anteil von Frauen  
50 auf 40,4% erhöht, in den meisten europäischen Ländern ist der Anteil jedoch  
51 deutlich geringer. Lediglich Schweden schafft es mit einem Frauenanteil von  
52 49,6% zu einem nahezu paritätischen Parlament. In allen anderen EU-Ländern sind  
53 Frauen in den Parlamenten unterrepräsentiert, dies meistens sogar sehr deutlich.  
54 Dies zeigt, dass nicht nur die EU, sondern auch alle Mitgliedsstaaten weiter  
55 unerlässlich der Benachteiligung von Frauen entgegenwirken müssen.

56 Neben der politischen Teilhabe von Frauen muss auch die weibliche europäische  
57 zivilgesellschaftliche Partizipation weiter gestärkt werden. In Deutschland  
58 beispielsweise liegt der Frauenanteil in der Belegschaft von



59 zivilgesellschaftlichen Organisationen bei 69%, in Leitungsfunktionen befinden  
60 sich jedoch nur 25% Frauen und in Aufsichtsräten gibt es lediglich einen  
61 Frauenanteil von 14%. Es ist daher essentiell, dass Frauen mehr Einfluss auf  
62 Entscheidungsprozesse nehmen können. Hierfür muss die EU zusammen mit  
63 Mitgliedsstaaten einstehen und zu einer Veränderung der Strukturen beitragen,  
64 sodass Frauen eine Chance auf gleichberechtigte Teilhabe erhalten.

65 Daraus ergeben sich folgende Forderungen:

- 66 • Stärkung von zivilgesellschaftlicher Partizipation von Frauen;
- 67 • Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in Entscheidungsprozessen;
- 68 • Förderung von Frauen für Führungspositionen in der europäischen Kommission  
69 und in Exekutivagenturen;
- 70 • intersektionale Geschlechtergerechtigkeit als Leitprinzip allen  
71 auswärtigen Handels;
- 72 • Folgenabschätzung der Politik hinsichtlich der Auswirkungen auf Frauen und  
73 andere von Diskriminierung betroffene Gruppen;
- 74 • Stärkere finanzielle Förderung der Entwicklungszusammenarbeit für Projekte  
75 mit dem hauptsächlichen Ziel der Geschlechtergerechtigkeit;
- 76 • Schutz von sexuellen und reproduktiven Rechten; und
- 77 • Stärkung der Rechte von LGBTQIA+.

### 78 **Soziale Gerechtigkeit**

79 Diskriminierung erfahren Frauen auch im Bereich der Gesundheit. Laut Schätzungen  
80 des Europäischen Parlaments kann sich eine von zehn Frauen in Europa keine  
81 Hygieneartikel leisten. Während einige Länder Hygieneartikel als Grundbedarf  
82 anerkannt und die Steuer gesenkt haben, ist dies in vielen europäischen  
83 Mitgliedstaaten nicht der Fall.

84 In der Medizin und Forschung galt für die längste Zeit der männliche Körper als  
85 Maßstab. Das heißt unter anderem, dass Medikamente an Männern getestet wurden.  
86 Heute wissen wir, dass Medikamente bei Frauen und Männern unterschiedlich  
87 wirken. Außerdem haben Frauen bei manchen Krankheiten, wie z.B. einem  
88 Herzinfarkt, andere Symptome als Männer. Auch im Hinblick auf  
89 Mehrfachdiskriminierungen erleben Frauen Diskriminierung im Gesundheitswesen, z.B.

90 fehlt Frauen mit Behinderung der gleichberechtigte Zugang zu reproduktiven  
91 Gesundheitsleistungen.

92 Abtreibungensind von Land zu Land mit unterschiedlichen Hürden verbunden. In  
93 manchen Mitgliedsstaaten wie Polen sind sie ganz verboten. In Deutschland sind  
94 Abtreibungen lediglich "straffrei" und werden somit noch immer kriminalisiert.  
95 Dieser gesellschaftliche Druck durch die Illegalität und Tabuisierung von  
96 Schwangerschaftsabbrüchen führt zu einer starken psychischen Belastung für die  
97 Betroffenen. Die Reise in Länder mit liberalen Abtreibungsgesetzen sowie die  
98 Kosten des Eingriffs selbst sind zudem mit einer hohen finanziellen Belastung  
99 verbunden und für viele Frauen in prekären Situationen nicht realisierbar.  
100 Insbesondere jungen Frauen im Alter zwischen 18-25 Jahren, die in Deutschland  
101 die meisten Schwangerschaftsabbrüche durchführen lassen, wird durch die  
102 finanziellen und psychischen Belastungen das Recht auf Unversehrbarkeit ihres  
103 Körpers und ihr Recht auf Selbstbestimmung extrem eingeschränkt.

104 Vor allem die äußerste Form der Gewalt muss bekämpft werden. Femizide, also die  
105 Tötung von Frauen und Mädchen aufgrund ihres Geschlechts, werden oft nicht als  
106 solche erfasst, sondern als Familien- oder Beziehungsdramen verschleiert. Laut  
107 einer UN-Studie wurden im Jahr 2017 3.000 Frauen in Europa von ihren Partnern  
108 oder Familienangehörigen getötet. Deutschland ist in absoluten Zahlen vorne mit  
109 dabei. Viele Fälle häuslicher Gewalt bleiben undokumentiert.

110 Adoptionen sind in vielen europäischen Ländern weiterhin ein Privileg für  
111 heterosexuelle Cis-Paare. In fünfzehn EU-Mitgliedsstaaten ist es  
112 gleichgeschlechtlichen Paaren nicht erlaubt, gemeinsam ein Kind zu adoptieren.  
113 Weiterhin ist es in einigen dieser Länder für gleichgeschlechtliche Paare noch  
114 immer unmöglich zu heiraten. Daraus folgt, dass queere Menschen und Paare  
115 innerhalb der EU unterschiedlich stark von ihrer Personenfreizügigkeit  
116 eingeschränkt sind.

117 Daraus ergeben sich folgende Forderungen:

- 118 • EU-weite Verringerung geschlechtsspezifisch-diskriminierende Mechanismen  
119 in der Medizin und gleichberechtigter Zugang zu medizinischer Versorgung;
- 120 • Dekriminalisierung von Abtreibung und Aufnahme des Rechts auf Abtreibung  
121 in die EU-Gesundheitsstrategie;
- 122 • Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Gewalt sowie Schutz und  
123 Unterstützung für die Opfer;
- 124 • Anerkennung von unterschiedliche Lebensrealitäten von Frauen und  
125 entsprechende Berücksichtigung bei politischen Entscheidungen

126 (Intersektionalität)

127 • Finanzielle Förderung für Frauenhäuser und NGOs, die über häusliche Gewalt  
128 und Femizide aufklären und Betroffene unterstützen; und

129 • Adoptionen erleichtern, besonders für homosexuelle Paare.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## **IA27NEU6 Dringlichkeitsantrag: Rechtsstaatlichkeit ist nicht verhandelbar - Solidarität mit der pro-europäischen Zivilgesellschaft in Polen**

Antragsteller\*innen:

### **Antragstext**

1 Bereits seit einigen Jahren blicken wir - die Jungen Europäischen  
2 Föderalist:innen in Deutschland - mit großer Sorge auf die anti-demokratischen  
3 Entwicklungen in einigen Mitgliedstaaten der EU und aus aktuellem Anlass  
4 insbesondere in Polen. Die immer weiter fortschreitende Aushöhlung der Presse-  
5 und Medienfreiheit, die politische Instrumentalisierung der Justiz sowie der  
6 Umgang mit oppositionellen Kräften im Land stehen dabei in fundamentalem  
7 Gegensatz zu unseren europäischen Werten. Diese Werte sind die Basis unserer  
8 europäischen Zusammenarbeit und damit auch nicht verhandelbar. Wir erinnern  
9 daran, dass auch Polen sich beim Beitritt zur EU 2004 zur Einhaltung dieser  
10 Werte vertraglich verpflichtet hat.

11 Zu Verträgen gehört gerade nicht das einseitige Beziehen von Vorteilen, sondern  
12 ein beidseitiges Einhalten von Rechten und Pflichten. Eine gemeinsame,  
13 verbindliche Rechtsordnung, die gegenüber nationalem Recht einen Vorrang genießt  
14 und von allen gleichermaßen anerkannt wird, ist die Grundlage für den  
15 supranationalen, besonderen Charakter der Europäischen Union als wertebasierte  
16 Rechtsgemeinschaft.

17 Das jüngste Urteil des polnischen Verfassungstribunals stellt nun jedoch eine  
18 neue Stufe der Eskalation im Verhältnis zur Europäischen Union dar, indem  
19 polnisches Recht letztlich über das EU-Recht gestellt wird. Erstmals in der  
20 Geschichte der EU äußert ein nationales Gericht nicht nur Kritik an einzelnen  
21 Punkten der europäischen Gesetzgebung, sondern erklärt fundamentale Prinzipien  
22 sowie einzelne primärrechtliche Artikel des Europarechts für verfassungswidrig –  
23 was in diesem Zusammenhang zumindest juristisch weiter geht als alles bisher  
24 Bekannte.

25 Und auch wenn vor diesem Hintergrund gerne auf das EZB-Urteil des  
26 Bundesverfassungsgerichts verwiesen wird, muss festgehalten werden, dass die  
27 Dimension eine gänzlich andere ist, indem das polnische Gericht den Vorrang des  
28 EU-Rechts so einseitig, pauschal sowie umfassend abgelehnt hat und noch nicht  
29 einmal den Versuch unternahm, Ausnahmekonstellationen zu konstruieren.  
30 Im Unterschied dazu erkennt das BVerfG ausdrücklich den Vorrang des EU-Rechts

31 prinzipiell an und akzeptiert den Vorrang lediglich in einem punktuellen, eher  
32 technischen Bereich nicht.

33 Ohne die Anerkennung dieses Vorranges des EU-Rechts vor nationalem (Verfassungs-  
34 )recht wird die Europäische Union zurückgestuft zu einem Staatenbund – was eine  
35 völlig andere Form des Zusammenschlusses ist und uns als Föderalist:innen noch  
36 weiter von unserer Vision eines Europäischen Bundesstaates zurückwirft. Diese  
37 einseitige Auflösung des Vorranganspruchs durch einen einzigen Mitgliedstaat ist  
38 ein beispielloser Vorgang, den wir so nicht stehen lassen dürfen, denn damit  
39 kann die EU keine supranationale Rechtsgemeinschaft mehr sein! Dass europäische  
40 Fördermittel unter diesen Umständen nicht mehr uneingeschränkt ausgezahlt werden  
41 können, nachdem Polen mit beiden Beinen außerhalb der europäischen Rechtsordnung  
42 steht, sollte jetzt allen klar sein. Dies ist auch für das Vertrauen der  
43 europäischen Bürger:innen in die EU-Institutionen und die Glaubwürdigkeit der  
44 europäischen Grundwerte unerlässlich.

45 Das polnische Verfassungstribunal sägt an den Grundpfeilern der europäischen  
46 Zusammenarbeit. Dies können und wollen wir als überzeugte Europäer:innen nicht  
47 hinnehmen. Sollte die polnische Regierung diesen Weg fortführen, schließt sie  
48 sich damit selbst aus der europäischen Gemeinschaft aus.

49 Gleichzeitig nehmen wir mit Freude zur Kenntnis, dass die pro-europäischen  
50 Kräfte der Zivilgesellschaft in Polen diesem Urteil eine Botschaft der Hoffnung  
51 entgegensetzen, indem sich Tausende von ihnen auf öffentlichen Plätzen im ganzen  
52 Land zu Protestaktionen zusammenschließen. Sie kämpfen für ein demokratisches  
53 und weltoffenes Polen als Teil der Europäischen Union. Diesen pro-europäischen  
54 Kräften sprechen wir unsere uneingeschränkte Solidarität aus und sichern ihnen  
55 unsere Unterstützung zu.

56 Vor diesem Hintergrund und auf Grundlage unserer gemeinsamen europäischen Werte,  
57 fordern wir Junge Europäische Föderalist:innen Deutschlands:

58 ● Eine aktive Unterstützung unserer Schwesterorganisation in Polen, um  
59 zivilgesellschaftlich entschieden gegen das polnische Urteil vorzugehen.

60 ● Die polnische Regierung muss die verfassungsrechtliche Grundlage dafür  
61 schaffen, dass der Vorrang des EU-Rechts uneingeschränkt gilt. Das Land muss  
62 außerdem die Unabhängigkeit der Justiz wieder gewährleisten.

63 ● Die Europäische Union darf nicht tatenlos dabei zusehen, wie einzelne  
64 europäische Staaten die gemeinsamen Werte einseitig aufkündigen. Sämtliche EU-  
65 Finanzmittel an Polen sind mit sofortiger Wirkung einzufrieren, bis die  
66 polnische Regierung den Vorrang des EU-Rechts gewährleistet.

- 67 ● Sollte sich Polen weiter von europäischen Grundprinzipien entfernen, sind  
68 neben finanziellen auch institutionelle Sanktionen zu prüfen.

### **Begründung**

erfolgt mündlich

## **IA28NEU3 Testantrag**

Antragsteller\*in: Simon Paetzold (JEF BuVo) (JEF BuVo)

### **Antragstext**

1 *Lorem ipsum* is placeholder text commonly used in the graphic, print, and  
2 publishing text commonly used in the graphic, print, and publishing industries  
3 for previewing layouts and visual mockups.

### **Begründung**

test

## **IA29 Testantrag**

Antragsteller\*in: Simon Paetzold (JEF BuVo) (JEF BuVo)

### **Antragstext**

- 1 *Lorem ipsum* is placeholder text commonly used in the graphic, print, and
- 2 publishing industries for previewing layouts and visual mockups.
  
- 3 *Simply a generation ahead!*

### **Begründung**

erfolgt mündlich